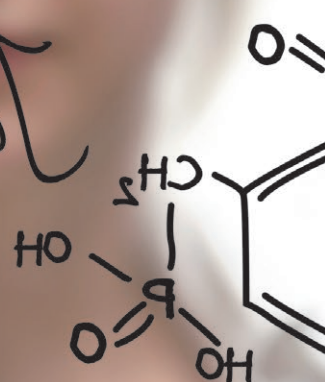
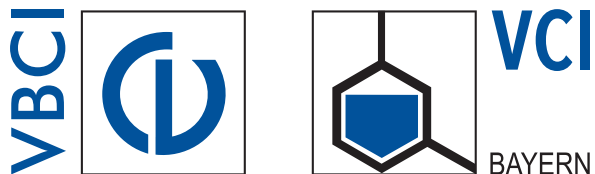




Lawrence



2015



Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2014/2015

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Von Nichts kommt nichts!“, aber „was weg ist, ist weg!“. Diese Regeln kennt jeder nur zu gut, der sich einmal mit einer chemischen Reaktion auseinandergesetzt hat. Auch für Technologieentwicklung, Infrastruktur und Ausbildung gelten sie – kurz gesagt für die gesamte Volkswirtschaft. Eine gesunde Volkswirtschaft braucht also die richtigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.

Eine gesunde Volkswirtschaft ist wiederum Voraussetzung für die Lebensqualität jedes Einzelnen.

Warum?

Es ist unbestritten, dass gleich nach den existenziellen Bedürfnissen des Menschen das Schutzbedürfnis das zweitgrößte ist – noch vor allen sozialen Sehnsüchten! Damit meint man beispielsweise den Schutz der eigenen Gesundheit, des Arbeitsplatzes bzw. Einkommens und des Eigentums. Diese Dinge sind es also, die jedem Menschen von elementarer Bedeutung sind, um sich selbst und seine Familie – heute und in der Zukunft – in Sicherheit zu wissen.

»DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK VON HEUTE ENTSCHIEDET ÜBER UNSERE PERSÖNLICHE SICHERHEIT VON MORGEN«

Fügt man dies zusammen, so ergibt sich daraus eine einfache Gleichung: Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in unserem Land legen fest, wie es um unsere ganz persönliche und individuelle Sicherheit und Lebensqualität bestellt ist. Eine gesunde Wirtschaft sollte daher jedem Einzelnen am Herzen liegen.

Dies ist aber in Deutschland gerade nicht zu beobachten.

Im Gegenteil: Im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel war die Münchner Innenstadt gefüllt von Menschen, die durch die Förderung der Konzerne ihren individuellen Lebensraum bedroht sehen. Evergreen der Kernforderungen seit 2013: Stoppt TTIP! Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ist ein interessantes Beispiel, denn es ist derzeit der einzige Gegenstand wirklicher Wirtschaftspolitik in Deutschland. Ein wichtiger Eckpfeiler der mittlerweile vollständig veröffentlichten Verhandlungspunkte von TTIP ist die Regulatorische Kooperation. Der Wegfall von Regulierungen, die zu unnötigen Zweitkontrollen ohnehin ähnlicher technischer Standards in der EU und den USA führen soll, wird besonders scharf kritisiert. Dabei sind es doch die Wirtschaftszweige wie Maschinenbau und Chemie, die den deutschen Wohlstand schultern und die besonders engen Regulierungen unterliegen. Vor diesem Hintergrund sollte sich gerade die deutsche Bevölkerung auf einen wirtschaftlichen Impuls durch TTIP freuen, anstatt das Abkommen möglichst umfassend zu verteufeln.

Woran liegt es, dass dies nicht geschieht und die öffentliche Wahrnehmung stattdessen so weit entfernt ist von dem, was aus Sicht der Industrie äußerst wichtig ist? Uns Deutschen geht es gut. Vielleicht schlichtweg zu gut? Dank ausreichender Stärke des produzierenden Gewerbes sind wir verhältnismäßig unbeschadet aus der Wirtschaftskrise gekommen – das Resultat vergangener wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Unser Wohlstand von heute beruht nicht auf aktueller Politik, sondern auf guter Vorarbeit. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen! Aber genau das tun wir. Und damit nicht genug. Wir leisten uns zusätzlich eine schon bald anmaßende „Vorreiterrolle“, die unsere heimische Wirtschaft schwer belastet – also im Wettbewerb schlechter stellt. Sie zeigt aber kaum Effekt – noch nicht mal als Vorreiter, denn es folgt uns ja keiner. Äußerungen der Bundeskanzlerin, die das Ziel einer Decarbonisierung der Wirtschaft formulieren oder eine „kohlenstofffreie“ Wirtschaft fordern, wecken jedenfalls Erwartungen, die wohl kaum erfüllt werden können und aus Chemiker-Sicht in sich schon fragwürdig sind.

„Von Nichts kommt nichts!“ – Ohne politische Entscheidungen zum Erhalt bestehender Industriestandorte und das entsprechende Vertrauen der Unternehmen, dass die Rahmenbedingungen einer neuen Investitionsentscheidung nicht durch scheinbar willkürliche politische Kehrtwenden schon nach wenigen Jahren wieder ausgehebelt werden, wird Deutschland als Industriestandort zunehmend unattraktiv.

Investitionen der deutschen Chemie im Ausland übersteigen erstmals seit einem Jahrzehnt die Inlandsinvestitionen. In Deutschland hingegen nimmt das Investitionsverhalten trotz niedriger Zinsen nicht zu. „Was weg ist, ist weg!“ – Deutschland deindustrialisiert sich, indem es sich zu sehr auf seinem Wohlstand ausruht, und beraubt sich damit selbst seiner größten Stärke.

» DEUTSCHE CHEMIESTANDORTE SIND KERN UNSERES WOHLSTANDS «

Gegner wirtschaftsfreundlicher Politik müssen überzeugt werden, dass durch nachhaltige Führung auch Unternehmen Verantwortung übernehmen. Nicht für jeden Missstand brauchen wir eine neue gesetzgeberische Maßnahme. Warum vertraut man nicht mehr auf eigenverantwortliches Handeln jedes Einzelnen, aber auch der Unternehmen als Kernprinzip einer freien Wirtschaft? Um es plakativ zu formulieren: Was stört mich das Chlor-Huhn im Kühlregal? TTIP wird keinen EU-Bürger zwingen, es zu kaufen!

Neben einer sachlichen Information der Bürger ist es daher vielleicht richtig und wichtig, auch mit wirtschaftsfreundlichen Emotionen zu arbeiten. Industrie in Deutschland darf nicht mehr mit Umweltsünden aller Art gleichgesetzt werden. Die ganz konkreten positiven Auswirkungen auf die Sicherheit und Lebensqualität jedes Einzelnen müssen mehr in den Vordergrund rücken und bei den Menschen ankommen.

Die chemische Industrie hat maßgeblich zum deutschen Wohlstand beigetragen und wird dies auch zukünftig tun, so es ihr im eigenen Land möglich bleibt.

Dies auch in Zukunft für unsere Branche sicherzustellen, ist wichtigstes Ziel der Bayerischen Chemieverbände.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, reading "Günter von Au". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Günter von Au
Vorsitzender



Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland geht es gut – und uns in Bayern erst recht! Ein guter Grund also, uns zurückzulehnen und rundum mit uns zufrieden zu sein?

Wie heißt es so treffend: „Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, der trägt sie an der falschen Stelle“, denn der größte Feind des zukünftigen Erfolgs ist der Erfolg in der Gegenwart. Und mancher, der sich in den Erfolgen der Gegenwart sonnt, hat mit deren Ursachen nicht das Geringste zu tun – im Gegenteil! Ohne eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die ihren Namen verdient, sind wir bereits jetzt dabei, unsere Zukunftschancen zu verspielen.

»OHNE EINE REELLE WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITIK
SIND WIR DABEI, UNSERE ZUKUNFTSCHANCEN ZU VERSPIELEN«

In vielen Bereichen profitieren wir noch heute von den auch schon früher nicht immer populären, aber weitsichtigen Weichenstellungen vergangener Jahre. Wir ernten heute die Früchte mutiger Entscheidungen, die – im Wissen um die Zusammenhänge – die Entwicklung der Industrie und Wirtschaft unseres Landes als zentrale Voraussetzung für Arbeitsplätze, Wohlstand und sozialen Frieden in den Mittelpunkt gestellt haben. Dass einige der aktuell positiven Effekte für unser Konsumklima und unsere Exporte, wie z.B. der gesunkene Ölpreis, ein abgewerteter Euro und historisch niedrige Zinsen, teils höchst problematische politische Ursachen haben, macht das Ganze nicht leichter. Die Gefahr, dass es sich hierbei zudem nur um ein Strohfeuer handelt, das unsere Konjunktur aktuell stützt, ist immens. Nicht zu vergessen die Kehrseiten z.B. für unsere Importe, den Wert unserer Ersparnisse und die Sicherung unserer Altersvorsorge. Jetzt die richtigen Entschei-

dungen für den Erfolg in der Zukunft zu treffen, ist daher Teil unserer Generationenverantwortung, der wir uns heute stellen müssen.

Und es genügt nicht, nur darüber zu reden.

Branchen- und Energiedialoge auf Bundesebene oder in Bayern und ein Bündnis für die „Zukunft der Industrie“, wie es das Bundeswirtschaftsministerium kürzlich initiiert hat, sind begrüßenswerte Ansätze. Sie bleiben aber Makulatur, wenn den Erkenntnissen und schönen Worten nicht Taten folgen, wie wir dies vor allem bei der Energiewende erleben. Und damit meinen wir nicht Taten im Sinne von „Verteilen und Regulieren“, die wir seit Antritt der Großen Koalition im Ergebnis in fast allen Bereichen, vor allem aber in der Sozialpolitik, leider bilanzieren müssen.

Was wir brauchen, ist eine verlässliche Wirtschafts- und Industriepolitik, sowohl in Bayern als auch in Deutschland, die den Unternehmen in unserem Land wieder Planbarkeit und Investitionssicherheit bietet. Und wir brauchen eine politische Führung, die bereit ist, den Menschen in unserem Land auch unliebsame Wahrheiten und Notwendigkeiten zu erklären und sich dafür in den Wind zu stellen, statt immer neue, letztendlich unerfüllbare Erwartungen zu wecken.

» WIR BRAUCHEN EINE POLITISCHE FÜHRUNG, DIE
DEN MENSCHEN AUCH UNLIEBSAME WAHRHEITEN UND
NOTWENDIGKEITEN ERKLÄRT «

Hier stehen die Bereiche Energie, Innovation und neue Technologien an oberster Stelle, wenn wir im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft unsere Position halten oder gar ausbauen wollen.

Dies gilt aber auch für die Tarifpolitik, bei der die Sozialpartner ebenfalls ihren Beitrag leisten müssen. Und nicht zuletzt die sozialen Sicherungssysteme und die demografische Herausforderung verlangen unseren vollen Einsatz.

Uns treibt die Sorge um, dass auf der Jagd nach Wählerstimmen das grundlegende Verständnis: „Geht es der Industrie und Wirtschaft gut,

geht es den Menschen gut“, das erwiesenermaßen jahrzehntelang Basis für die erfolgreiche Entwicklung Deutschlands und Bayerns war, auf den Kopf gestellt wird. Mit höchst ungewissem Ausgang!

Wir sind der Überzeugung, dass eine oftmals aus reiner Unkenntnis verunsicherte Bevölkerung in unserem Land nach Orientierung sucht und bereit ist, Neues zu akzeptieren, wenn es uns gelingt, die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit erforderlicher Maßnahmen für den Erhalt unseres Wohlstands zu vermitteln. Und dies ist auch dringend nötig, wenn wir in Deutschland und Bayern „Industrieland“ bleiben wollen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bei allen bedanken, die unsere darauf gerichtete Arbeit für „mehr Wertschätzung für Wertschöpfung“ in den Bayerischen Chemieverbänden begleitet und unterstützt haben.

Vor allem natürlich bei unseren Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den verschiedensten Gremien unserer Verbände mit ihrer ganzen Erfahrung und all ihrem Wissen eingebracht haben.

Danke für Ihr Vertrauen und die Zeit, die Sie bereit waren, neben Ihren Hauptaufgaben in die Lösung einer Vielzahl von Herausforderungen zu investieren. Unsere erfolgreiche Arbeit basiert immer auch auf Ihrer Expertise und der konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

» DANKE FÜR IHR VERTRAUEN UND IHRE ZEIT «

Wir bauen auch künftig auf Ihre Unterstützung, wenn es vor allem darum geht klar zu machen, welcher Stellenwert dem Thema Innovationen und der Akzeptanz neuer Technologien für den Erhalt unseres Wohlstands und der Lösung vieler drängender Probleme in unserer Welt zukommt.

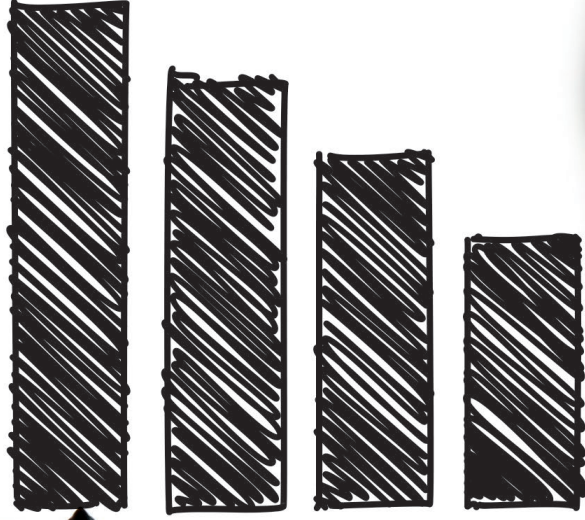
Für alle, die mehr über uns erfahren möchten: Einen guten Überblick über unsere Verbandsarbeit, unsere Angebote sowie über unsere wesentlichen Themen und Positionen finden Sie in unserem vollkommen neu gestalteten Internetauftritt, der seit Anfang des Jahres online ist: www.bayerische-chemieverbaende.de. Schauen Sie doch mal vorbei – es lohnt sich! Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'W. Vogt', with a large, stylized initial 'W' and a long, sweeping underline.

Walter Vogt
Hauptgeschäftsführer

Tarifpolitik



„Deutschland – Streikland“?

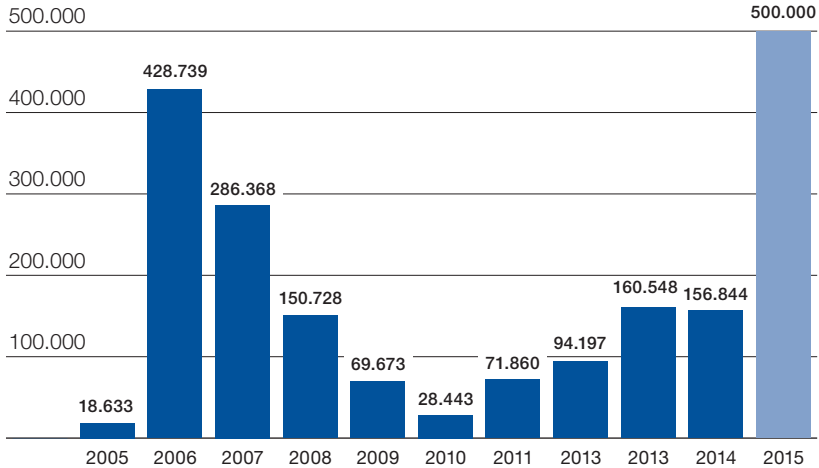
Betrachtet man die jüngsten Tarifrunden in Deutschland, so könnte sich dieser Eindruck durchaus verfestigen. Wir haben bereits mehrfach vor einer „zunehmenden Streikbereitschaft in Deutschland“ gewarnt und als einen der Gründe dafür genannt, dass das Bundesarbeitsgericht mit seiner Entscheidung vom 7. Juli 2010 den seit Jahrzehnten bewährten Grundsatz der Tarifeinheit, d.h. „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“, aufgegeben und damit die Spartengewerkschaften gestärkt hat – mit entsprechenden Folgen.

Und auch die jüngsten Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zu streikbedingten Arbeitsniederlegungen bestätigen diese Besorgnis:

Im Jahr 2015 gab es in Deutschland schon bis Mitte Juni mehr als dreimal so viele Streiktage wie im gesamten Jahr 2014. Auch die Streikdauer ist deutlich gestiegen: Zwischen den Jahren 2000 und 2009 dauerte ein Streik pro Streikendem 1,3 Tage, zwischen 2010 und 2014 waren es fast drei Tage. Verfolgt man die aktuelle Entwicklung in den verschiedenen Branchen, so scheint hier leider kein Ende in Sicht. Das Jahr 2015 läuft Gefahr, einen Negativ-Rekord aufzustellen.

»IM JAHR 2015 GAB ES IN DEUTSCHLAND BIS MITTE JUNI MEHR ALS DREIMAL SO VIELE STREIKTAGE WIE IM GESAMTEN JAHR 2014«

Durch Arbeitskampf ausgefallene Arbeitstage in Deutschland



ab 2008 einschließlich Bagatellstreiks;
 Quelle: BA, IW-Schätzung für 2015 bis Mitte Juni auf Basis von
 Arbeitgeber-, Gewerkschafts- und Presseangaben

Das zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat beschlossene Tarifeinheitsgesetz kann sicher einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Entwicklung zu bremsen. Ob es tatsächlich geeignet ist zu verhindern, dass Piloten, Fluglotsen oder Lokführer – um nur einige der „üblichen Verdächtigen“ zu nennen – mit ihren Kleingewerkschaften die Öffentlichkeit lahmlegen, ist aber mit einem dicken Fragezeichen versehen.

Nicht nur, dass es noch vor seinem Inkrafttreten bereits als offensichtlich verfassungswidrig gebrandmarkt und mit Klageandrohungen überschüttet wird. Das Tarifeinheitsgesetz wird von seiner Zielsetzung her viele der in der Vergangenheit stattgefundenen Arbeitskämpfe von Spartengewerkschaften, die nur eine Minderheit der Arbeitnehmer vertreten, aber eine Vielzahl Unbeteiligter treffen, nur verhindern können, wenn im Betrieb bereits ein Tarifvertrag besteht, der für die gesamte Belegschaft gilt – also auch für die Angehörigen der Berufsgruppe, für die sich die Spartengewerkschaft stark macht. Anders ist es jedoch, wenn diese Berufsgruppe vom Geltungsbereich des für die Mehrheit geltenden Tarifvertrags nicht erfasst wird, wie das Beispiel der Piloten zeigt.

Die Entwicklung, die hier – und nicht nur hier – seit einiger Zeit zu beobachten ist, verschleißt sich zugegebenermaßen auch weitgehend einer gesetzlichen Regelung, denn sie ist offenbar eher kultureller Art.

Dass die Interessen einer Vielzahl von Minderheiten zunehmend über das Allgemeinwohl gestellt werden, ist Ausdruck einer Individualisierung in unserer Gesellschaft, die vor allem ihren persönlichen Vorteil sucht, ohne an die Folgen für das Ganze zu denken und ohne sich der negativen Folgen für unsere gesamte Gesellschaft bewusst zu sein. Hier ist die gesetzliche Wiederherstellung der Tarifeinheit ein wichtiges Signal.

Das Beispiel „Bahn“ mit einem rein zwischengewerkschaftlichen Machtkampf um einzelne Beschäftigungsgruppen zeigt, wie unverhältnismäßig der für die gesamte Volkswirtschaft entstehende Schaden ist: Nicht nur Millionen Bahnreisende waren hier betroffen, sondern auch zahllose Unternehmen, die auf den Güterverkehr der Bahn angewiesen sind. Der Streik traf die ganze Breite der deutschen Industrie, vor allem die Automobil- und Stahlindustrie sowie die Chemie- und Rohstoffindustrie, die ohne pünktliche Zulieferungen innerhalb kürzester Zeit Produktionsausfälle erleiden. Der deutschen Wirtschaft entstanden so Schäden von täglich 100 Mio. EUR.

»DIE GESETZLICHE WIEDERHERSTELLUNG DER TARIFEINHEIT IST EIN WICHTIGES SIGNAL«

Uns geht es hier nicht darum, die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie und das damit verbundene Streikrecht in Frage zu stellen. Aber eine Tarifautonomie, wie wir sie verstehen, ist kein isolierter Selbstzweck! Sie hat sich als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft bewährt.

Und ein wesentlicher Grund hierfür war und ist der Grundsatz der Tarifeinheit. Tarifautonomie auf der Grundlage von Tarifeinheit baut darauf, dass nach einer Zeit des Verhandeln eine Zeit des Betriebsfriedens folgt.

Eine solchermaßen verstandene Tarifautonomie ist die Basis für sozialen Frieden, Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen in unserem Land.

Das Tarifeinheitsgesetz ist daher nur ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte, wie gesetzliche Regelungen bei Arbeitskämpfen im Bereich der Daseinsvorsorge, müssen folgen.

„Englische Verhältnisse“ – d.h. ständige Streiks statt Sozialpartnerschaft und Betriebsfrieden – schaden hingegen dem Standort Deutschland und gefährden Wachstum und Arbeitsplätze.

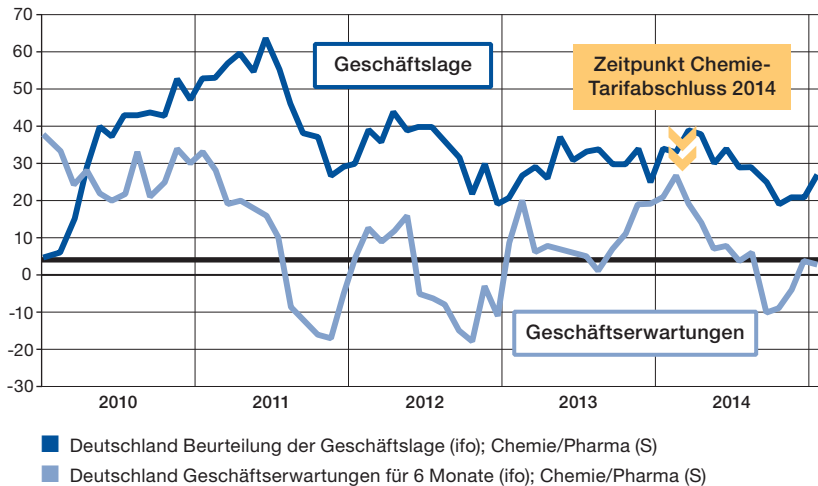
» STÄNDIGE STREIKS STATT SOZIALPARTNERSCHAFT UND BETRIEBSFRIEDEN SCHADEN DEM STANDORT DEUTSCHLAND «

Chemie-Tarifrunde 2015

Dass es auch anders geht, haben die Sozialpartner in der chemischen Industrie bei der letzten Tarifrunde wieder eindrucksvoll bewiesen. Und dies, obwohl diesmal auch in der Chemie die Vorzeichen eher auf Sturm standen.

Die letzten Chemie-Tarifabschlüsse in Höhe von 4,1 %, 4,5 % und 3,7 % waren gekennzeichnet durch positive Prognosen und hohe Erwartungen einerseits und immer wieder enttäuschte Hoffnungen andererseits.

Lage und Erwartungen verschlechtert

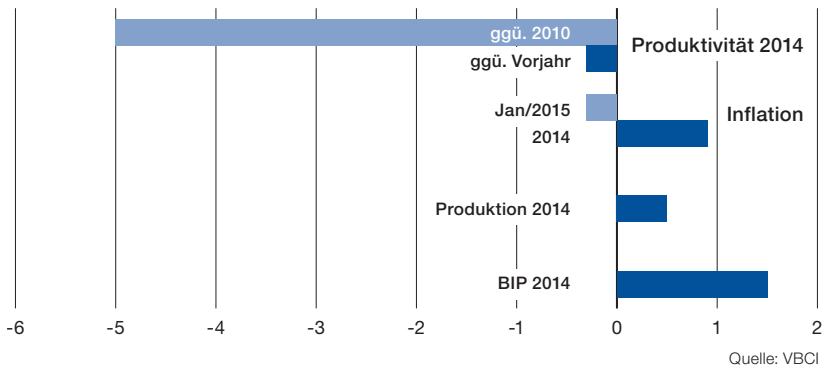


Quelle: ifo, Chemdata, Stand: Januar 2015

Denn zuletzt sahen wir bei entscheidenden Faktoren für die Tarifentwicklung – nämlich Wachstum, Produktivität und Inflation – im Ergebnis vor allem Stagnation und Rückgänge in der Produktion und bei der Produktivität sowie eine Inflation im Null-Komma-Bereich.

Wesentliche Eckpunkte der Entgeltentwicklung zum Zeitpunkt der Tarifverhandlungen

Alle Angaben in %



Ein „Weiter So“ bei den Tarifentgelten durfte es angesichts der realen Entwicklungen bei dieser Tarifrunde nicht geben.

Ziel war es, zurück zu einer wachstums- und produktivitätsorientierten Tarifentwicklung zu kommen, die nicht auf Hoffnung und Wunschenken baut, sondern den Realitäten Rechnung trägt.

Und es musste ein Tarifabschluss für die „Fläche“ sein, der alle unsere Mitgliedsunternehmen mitnimmt und sich nicht nur an den „Leuchttürmen“ unserer Branche orientiert.

Die Rahmenbedingungen hierfür waren alles andere als günstig:

Wir erinnern uns an die Kommentare der Bundesbank, die plötzlich die Tarifpolitik als Instrument zur Bekämpfung der drohenden Deflation entdeckt hatte. Bei einer anzustrebenden „Zielinflation“ von 2 %, einem unterstellten Produktivitätszuwachs von 1 % und entsprechendem prognostiziertem Wirtschaftswachstum – so die Bundesbank – sollten im Durchschnitt 3 % Entgelterhöhung plus X schon drin sein.

Und auch von der EU kamen Forderungen nach höheren Lohnabschlüssen, um die Wettbewerbsvorteile deutscher Unternehmen zu Lasten der europäischen Wettbewerber auszugleichen.

Darauf aufbauend lagen die Tarifforderungen anderer Branchen bei einer Größenordnung von 5,5 %, so dass es bereits eine kleine Überraschung war, als die IG BCE mit einer Forderung von „nur“ 4,8 % ins Rennen ging. Ergänzt wurde diese jedoch von Vorstellungen zum weiteren Ausbau der Demografiefonds, die erst im Laufe der Verhandlungen weiter konkretisiert wurden.

Dass wir harte Verhandlungen vor uns hatten, zeichnete sich schon in den regionalen Tarifrunden ab. Und spätestens nach der erfolglos verlaufenen zweiten Bundesrunde, in der, statt traditionell den Chemie-Abschluss unter Dach und Fach zu bringen, die IG BCE ein Angebot verlangte, um daraufhin die Verhandlungen in dieser Runde empört abzubrechen, war klar:

Dies würde eine ganz besondere Tarifrunde werden.

»ZUM ERSTEN MAL SEIT 1971 WAR AUCH IN UNSERER BRANCHE WIEDER VON „SCHLICHTUNG“ UND „STREIKS“ DIE REDE«

Zum ersten Mal seit 1971 war auch in unserer Branche wieder von „Schlichtung“ und „Streiks“ die Rede!

Und zur Untermauerung ihrer Kampfbereitschaft organisierte die IG BCE bundesweit Kundgebungen. Die Rhetorik der Gewerkschaft wurde erheblich verschärft, gemeinsame Sozialpartnerveranstaltungen wurden abgesagt und Verhandlungen auf betrieblicher Ebene auf Eis gelegt.

Die Frage, warum sich die Stimmung auch in der Chemie so massiv abgekühlt hat, kennt sicher viele Antworten.

Dass sich dies so entwickelt hat, lag dabei beileibe nicht nur am Angebot der Arbeitgeberseite, das die IG BCE gefordert hatte und das in den Augen der Gewerkschaft natürlich viel zu niedrig war, sondern wohl auch am allgemeinen Umfeld, von dem die IG BCE sicher nicht unbeeinflusst geblieben ist.

Bei allem Verständnis dafür – aber mit Fragen aus Hannover wie: „Wer ist eigentlich die Fläche?“ – wurde die Sozialpartnerschaft auch für uns auf eine harte Probe gestellt.

Natürlich ist es in unserer Branche so, dass, absolut gesehen, die Mehrzahl der Arbeitnehmer in den großen Chemie-Konzernen arbeitet. Aber auch diese müssen sich im harten globalen Wettbewerb behaupten.

Für uns heißt „Fläche“ jedoch, dass wir auch die rund 85 % unserer Mitgliedsunternehmen mitnehmen müssen, die weniger als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und die keineswegs durchgängig gute Ergebnisse vorweisen können, die sie für Investitionen und den Erhalt von Arbeitsplätzen dringend brauchen.

Hohe Tariflohnsteigerungen als dauerhafte Hypothek treffen diese Unternehmen oft besonders hart, denn für sie wirkt sich der strukturell meist wesentlich höhere Personalkostenanteil besonders belastend aus.

» HOHE TARIFLOHNSTEIGERUNGEN TREFFEN KLEINERE UND MITTELGROSSE UNTERNEHMEN BESONDERS HART «

Die Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie haben sich in der Vergangenheit wiederholt zum Flächentarifvertrag und dessen Weiterentwicklung bekannt. Eine zukunftsfähige Tarifpolitik kann nicht in der Zersplitterung der Tarifverträge liegen, sondern vielmehr in der weiteren Flexibilisierung und Öffnung der Flächentarife, wie sie in der Chemie eingeleitet wurden.

Öffnungsklauseln und die Option unternehmensbezogener Verbandstarifverträge sind dabei wichtige und hilfreiche Instrumente zur Lösung struktureller Fragestellungen innerhalb der Branche sowie für Mitgliedsunternehmen, die in wirtschaftlich schwierigen Situationen selbst mit den Regelungen des Flächentarifvertrags überfordert sind.

» EIN FLÄCHENTARIFVERTRAG DARF SICH NICHT AN DEN STÄRKSTEN DER BRANCHE ORIENTIEREN «

Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sich der Flächentarifvertrag nur an den Stärksten der Branche ausrichtet.

Ein Flächentarifvertrag, der für viele Mitgliedsunternehmen nur noch durch die Nutzung von Öffnungsklauseln zu ertragen ist, verdient seinen Namen nicht mehr. Deshalb ist es Aufgabe der Tarifvertragsparteien, hier Regelungen zu finden, die grundsätzlich für alle Mitgliedsunternehmen umsetzbar sind.

Mit diesem klaren Ziel vor Augen war die dritte Bundesrunde daher eine Gratwanderung, bei deren Beginn nicht klar war, ob eine Schlichtung oder gar ein Streik tatsächlich zu vermeiden sein würde und wer den Preis dafür zu bezahlen hätte.

Erschwerend hinzu kamen dann die durch Warnstreiks begleiteten Abschlüsse anderer Branchen. Und dies in einer für uns nicht akzeptablen Höhe, die den Erwartungsdruck auf die Verhandlungsführung der IG BCE massiv erhöhte. Aber wir haben auch diesmal einen Abschluss erzielt.

Trotz ungewöhnlich aufgeheizter Stimmung wieder auf der Basis einer gelebten Sozialpartnerschaft – und wieder ohne Streik!

Die Zufriedenheit mit einem Tarifabschluss folgt dabei meist einer eigenen Logik: Eine absolute Zufriedenheit wird es wohl niemals geben, denn jeder Tarifabschluss ist aus Arbeitgebersicht natürlich im Ergebnis immer zu hoch.

Ist der Chemie-Tarifabschluss 2015 also ein guter Kompromiss? „Ein guter Kompromiss ist, wenn alle un-zufrieden sind“. Folgt man diesem Bonmot, dann wäre der diesjährige Chemie-Abschluss „kein“ guter Kompromiss, denn er bietet beiden Seiten gute Gründe, zufrieden zu sein:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben erhalten 2,8 % mehr Lohn – bei einer „Null-Komma-Inflation“ – ein sattes Reallohnplus.

» 2,8 % MEHR LOHN – BEI EINER

„NULL-KOMMA-INFLATION“ – EIN SATTES REALLOHNPLUS «

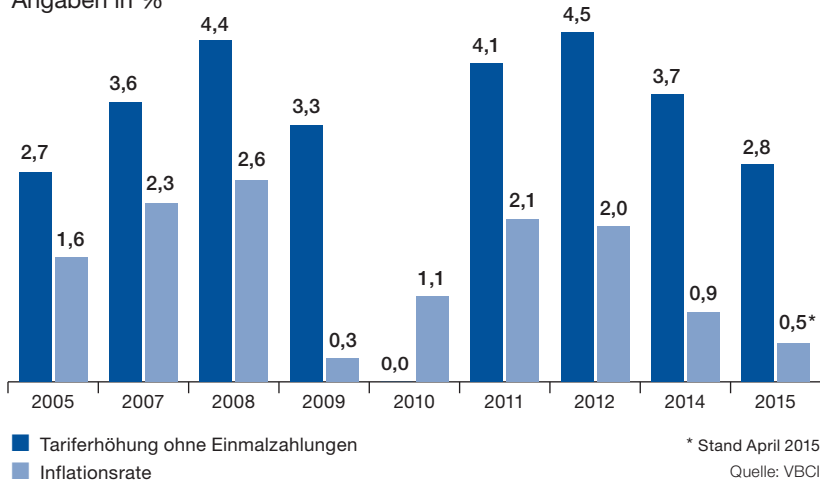
40 EUR mehr für die Azubis sind gut für den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs. Und die Aufstockung des Demografiefonds schafft zusätzliches Volumen für die Instrumente des Tarifvertrags „Lebensarbeitszeit und Demografie“ (TV Demo) und hilft so im Ergebnis nicht nur den älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen, sondern allen Altersgruppen.

Aber auch unsere Mitgliedsunternehmen können mit dem Abschluss zufrieden sein.

In außergewöhnlich harten und schwierigen Verhandlungen wurde der Trend gebrochen, sich immer mehr von den wirtschaftlichen Fakten abzukoppeln. Dies zeigt sich nicht nur an der Prozentzahl mit einer Signalwirkung der Vernunft – auch und gerade angesichts des wirtschaftlichen und tariflichen Umfelds.

Tariferhöhung chemische Industrie und Inflationsrate

Angaben in %



Die Qualität des Abschlusses liegt vor allem in der Kombination von Prozentzahl (2,8 %), Laufzeit (17 Monate), einem Leermonat und zusätzlicher Flexibilität (2 weitere Leermonate), einseitig festlegbar für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Verlust).

»AUCH UNSERE MITGLIEDSUNTERNEHMEN KÖNNEN MIT DEM ABSCHLUSS ZUFRIEDEN SEIN«

Hinzu kommt, dass beim Demografie-Betrag das für 2015 bereits bestehende Niveau von zusammen 538 EUR für 2016 nur unwesentlich auf 550 EUR erhöht wird. Gleichzeitig wurde jedoch die tarifliche Dynamisierung beseitigt. Erst 2017 kommen zusätzlich 200 EUR hinzu.

Hier ist entscheidend: Dies sind Mittel, die unsere Mitgliedsunternehmen gezielt über die Instrumente des TV Demo nutzen können, um die „Herausforderung Demografie“ bedarfsgerecht im Sinne der jeweiligen betrieblichen Situation zu gestalten. Auch dies kommt letztlich wieder beiden Seiten zugute.

Insgesamt also ein Abschluss, der angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl prozentual das richtige Signal sendet, als auch strukturell in puncto Laufzeit, Flexibilität und Zukunftsorientierung – was den TV Demo betrifft – einen konstruktiven Beitrag leistet.

Sozialpolitik

Sozialpolitik



„Regulieren und Verteilen“

– unter diesem Motto kann das bisherige Regieren der Großen Koalition zusammengefasst werden.

Rente mit 63, Mindestlohn, Familienpflegezeit, Neuregulierung der Elternzeit, Geschlechterquote in der Privatwirtschaft, dies sind die Gesetze, die die Arbeit verteuern, die Sozialversicherungssysteme belasten und den Unternehmen umfangreiche bürokratische Regelungen aufbürden.

Und dabei klang das große Ziel der Koalition doch ganz anders: Die Überschrift über dem Koalitionsvertrag lautet: „Deutschlands Zukunft gestalten“. Dies schafft man aber aus unserer Sicht nicht mit „Regulieren und Verteilen“, sondern damit, Gestaltungsspielräume für morgen zu sichern und Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Unternehmen langfristig im internationalen Wettbewerb durchsetzen können. Wirtschaftlicher Erfolg ist und bleibt die Basis für unseren gesellschaftlichen Wohlstand.

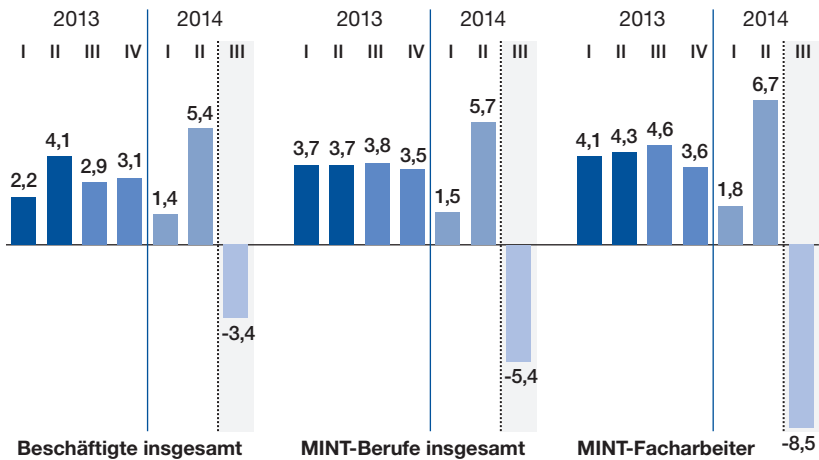
»DIE RENTE MIT 63 VERURSACHT JÄHRLICH MEHRKOSTEN IN MILLIARDENHÖHE UND VERSCHÄRFT DEN FACHKRÄFTEMANGEL«

Konkrete Belastungen durch die neuen Regelungen

Beispiel „Rente mit 63“: Nach den neuesten Zahlen haben zwischenzeitlich über 300.000 Versicherte die Rente mit 63 beantragt. Die Bundesregierung erhält hiermit die Quittung für ihre verfehlte Rentenpolitik.

Anstatt eine längere Beschäftigung zu ermöglichen, ist nunmehr das durchschnittliche Rentenalter der Männer zum ersten Mal seit Jahren wieder gesunken. Das Ganze hat zur Folge, dass der Fachkräftemangel, der eigentlich bekämpft werden sollte, weiter verschärft wird, da gerade die älteren Facharbeiter hiervon Gebrauch machen. Hinzu kommen jährlich Mehrausgaben durch die Rente mit 63 in Milliardenhöhe. Kosten – vermutlich doppelt so hoch wie ursprünglich geplant –, die zusätzlich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschultert werden müssen. Vor allem nachfolgende Generationen werden hierdurch massiv belastet.

Prozentuale Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über 63 Jahre im Vergleich zum Vorquartal



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Ziel, die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in Anbetracht der steigenden Lebenserwartung und einer sinkenden Zahl von Beitragzahlern bezahlbar zu halten, wird durch die Rente mit 63 konterkariert.

Und auch die Erhöhung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte verteuert den Faktor Arbeit langfristig.

» DAS MINDESTLOHNGESETZ SCHÄDIGT DIE TARIFAUTONOMIE UND SCHAFFT VIELE NEUE BÜROKRATISCHE BELASTUNGEN «

Weiteres Beispiel „Mindestlohngesetz“: Das Mindestlohngesetz schädigt nicht nur die Tarifaufonomie und hemmt den Einstieg in Arbeit, es schafft zudem eine Vielzahl neuer bürokratischer Belastungen für die Unternehmen in Form von Aufzeichnungs- und Meldepflichten. Eine kleine Anfrage der Fraktion der Grünen hat ergeben, dass die deutschen Unternehmen nach derzeitigem Gesetzesstand mehr als 13.800 Informations- und Berichtspflichten zu erfüllen haben. Und täglich kommen neue hinzu, wie die oben genannten Gesetze beweisen.

Weiter zu erwartende Belastungen

Die Große Koalition ist mit ihrer Arbeit, was dies betrifft, aber leider noch nicht am Ende.

Dies zeigt der neueste Entwurf aus dem Familienministerium zum Entgelttransparenzgesetz. Um der angeblichen Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen Einhalt zu gebieten, sollen eine Berichtspflicht zur Entgeltgleichheit im Lagebericht für Unternehmen ab 500 Beschäftigten eingeführt und individuelle Auskunftsansprüche für Beschäftigte zu deren entgeltlicher Eingruppierung gewährt werden. Darüber hinaus enthält das Gesetz die Anforderung an Unternehmen, mithilfe verbindlicher Verfahren die erwiesene Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.

Das neue Gesetzesvorhaben ist nicht nur ein weiteres Bürokratiemonster. Hiermit wird auch deutlich, dass unsere Regierung offenbar daran zweifelt, dass die Tarifvertragsparteien für gerechte Entlohnung sorgen können. Das Mindestlohngesetz war daher vermutlich nur der Anfang, die Tarifautonomie zu beschneiden.

Auch die geplanten Regelungen, die Zeitarbeit auf neun Monate zu beschränken und Werkverträge der Mitbestimmung zu unterwerfen, gehen in diese Richtung.

Bedenklich sind auch internationale Entwicklungen. Unter dem Stichwort „Unternehmen und Menschenrechte“ hat das Deutsche Institut für Menschenrechte 246 Punkte verifiziert, die nach dessen Auffassung abzarbeiten sind.

Welche Erfolge gibt es zu vermelden?

Unsere Arbeit, die nach unserem Selbstverständnis darauf ausgerichtet ist, zu gestalten und für ein industriefreundliches Umfeld zu sorgen, steht mehr und mehr unter der Maxime „Schlimmeres verhüten“.

So konnten in den oben genannten Gesetzen zumindest Korrekturen zu Gunsten der Arbeitgeber erreicht werden.

Zwischenerfolge gibt es bei der Arbeitsstättenverordnung und dem Tarifeinheitsgesetz zu vermelden.

Anfang Februar 2015 sollte das Bundeskabinett eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung beschließen. Darin enthalten waren u.a. neue Vorgaben für das Einrichten und Betreiben von Telearbeitsplätzen, bürokratische Dokumentationspflichten für Unterweisungen, die Erfordernis abschließbarer Kleiderablagen an jedem Arbeitsplatz und umfassende Regelungen zu Tageslicht und „Sichtverbindungen nach außen“ in Arbeits- und Sozialräumen. Dieser Beschluss wurde jedoch nach massiver Intervention seitens der Arbeitgeber verschoben.

»DER BESCHLUSS DER ARBEITSSTÄTTENVERORDNUNG KONNTE BIS AUF WEITERES VERHINDERT WERDEN«

Das Tarifeinheitsgesetz hat zwischenzeitlich die Gesetzgebung durchlaufen. Ob es tatsächlich zu einer Verringerung der Arbeitskämpfe führen wird, müssen die Zukunft und, im Hinblick auf die bereits im Vorfeld angedrohten Klagen, wohl das Bundesverfassungsgericht zeigen.

Was ist zu tun?

Es gilt nach wie vor, die Unternehmen von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Das Bundeskabinett hat am 25. März 2015 den „one in, one out“-Beschluss des Staatssekretärausschusses für Bürokratieabbau zur Kenntnis genommen. Danach darf durch den Erlass von neuen Vorschriften keine zusätzliche Bürokratie verursacht werden. Demgegenüber vermittelt die derzeitige Gesetzgebung den Eindruck des „all in, nothing out“. Auch der nun vom Bundeskabinett gleichzeitig beschlossene Entwurf des Bürokratieentlastungsgesetzes setzt die von ihm selbst vorgelegten Eckpunkte zum Bürokratieabbau leider nicht ausreichend um.

Ein weiterer Prüfstein, wie ernst es die Koalition mit dem Ziel „Deutschlands Zukunft gestalten“ tatsächlich meint, ist die Neugestaltung von Arbeitsabläufen und Produktionsprozessen und die Beauftragung Dritter im Wege von Werk-/Dienstverträgen durch die Unternehmen. Diese Entscheidungen dürfen nicht zur Disposition der Betriebsräte stehen. Zeitarbeit und Werkverträge sind unverzichtbare Flexibilisierungsinstrumente, die wir in einer hoch volatilen und arbeitsteiligen Wirtschaft dringend benötigen, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. Hier darf es keine weiteren einengenden Regulierungen geben!

Die Herausforderungen von morgen

Diese heißen unter anderem „Fachkräftebedarf“ und „Industrie 4.0“.

Fachkräftebedarf:

Die chemische Industrie hat mit dem Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ bereits einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Doch dies wird nicht genügen, um den kommenden Bedarf an Fachkräften zu decken. Erforderlich sind zusätzliche Regelungen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, auch über das Rentenalter hinaus. Hierzu gehören individuelle und flexible Übergänge in den Ruhestand ohne starre Altersgrenzen ab dem 67. Lebensjahr.

Die hohen Durchfallquoten an den Universitäten zeigen, dass der ungebrochene Trend der Schulabgänger, vorzugsweise eine akademische Laufbahn einzuschlagen, der falsche ist. Natürlich brauchen wir gut ausgebildete Akademiker, um uns durch Forschung, Entwicklung und mit innovativen Produkten auch in Zukunft am Weltmarkt behaupten zu können.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Ausbildung als Facharbeiter wieder einen anderen, höheren Wert in der Gesellschaft erhält und junge Menschen, die auf diesem Gebiet ihre Stärken haben, sich hierfür begeistern.

Die Bayerischen Chemieverbände leisten mit ihrem weitgefächerten Informations- und Bildungsangebot für Schüler und Lehrer hierzu einen wesentlichen Beitrag.

» MIT UNSEREM INFORMATIONSD- UND
BILDUNGSANGEBOT LEISTEN WIR EINEN BEITRAG ZUR
BEGEGNUNG DES FACHKRÄFTEMANGELS «

Die weiterhin gute Konjunktur- und Arbeitsmarktlage bietet darüber hinaus auch Beschäftigungsperspektiven für die steigende Zahl an Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung zu uns kommen. Da viele Flüchtlinge länger oder für immer bei uns bleiben, müssen wir noch mehr dafür tun, dass sie sich zügig in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integrieren können. Das ist die notwendige Voraussetzung, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Dies gelingt aber nur, wenn die qualifizierte Zuwanderung entbürokratisiert und beschleunigt wird und wenn Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Industrie 4.0:

Hier gilt es, einen Ordnungsrahmen für das digitale Arbeiten zu schaffen. Auch diese Entwicklung wird häufig unter Stichwörtern wie „Industrie 4.0“ oder „Arbeit 4.0“ diskutiert. So soll die Arbeit der Zukunft flexibler und familienfreundlicher werden. Zugleich erfordert sie aber höhere Qualifikationen und sie wird individueller werden. Die Begriffe „Betrieb“ und „Arbeitsstätte“ verlieren zunehmend ihre Konturen. Die Anforderungen an die Arbeitsorganisation werden steigen, die Zusammenarbeit von Mensch und Maschine ist unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes neu zu bewerten.

Die Digitalisierung wird deshalb unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitswelt verändern. Dieser Prozess ist bereits heute – auch in der chemischen Industrie – schon weit fortgeschritten. Er bringt für den Standort Deutschland Herausforderungen mit sich, aber auch Chancen. Das gilt sowohl für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, als auch für neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Digitalisierung fördert und fordert Spezialisierung und Arbeitsteilung. Die Bedeutung von Werk- und Dienstverträgen sowie industrienahen Dienstleistungen wird weiter steigen. Auch unter diesem Gesichtspunkt lehnen wir eine weitere Beschränkung und Bürokratisierung dieser etablierten Vertragsformen ab.

» DIGITALISIERUNG UND „INDUSTRIE 4.0“ WERDEN NEUE THEMEN IN DER VERBANDSARBEIT MIT SICH BRINGEN «

Mit der Industrie 4.0 steigen zudem Flexibilität und Flexibilitätsanforderungen. Dies betrifft Themen wie flexible Arbeitszeiten, Ort der Aufgabenerfüllung und flexible Nutzung von Betriebsmitteln. Hierdurch werden die Arbeitnehmer mehr Souveränität erhalten, z.B., um Beruf und Privatleben noch besser miteinander zu vereinbaren. Das klassische Arbeitsverhältnis wird zwar weiter existieren, aber daneben werden zusätzliche Arbeitsformen entstehen, die gefördert und nicht sofort durch neue Regulierungen eingeschränkt werden sollten. Hierzu bedarf es einer Anpassung des rechtlichen Rahmens, insbesondere des Arbeitsrechts, an die Herausforderungen der Digitalisierung. Mit weiteren Einschränkungen wird die Digitalisierung der Arbeitswelt und Wirtschaft nicht gelingen.

Um diesen Wandel erfolgreich zu meistern, muss auch eine kognitive Grundlage gelegt werden. Das bedeutet: Bessere Bildung und lebenslanges Lernen, verbunden mit einem erheblichen Qualifizierungs- und Anpassungsbedarf auf allen Stufen des Bildungssystems zur Förderung des „digital literacy“,

also der Fähigkeit, über Computer (Smartphones, Tablets, Laptops, Desktop PCs) dargestellte Informationen unterschiedlicher Formate verstehen und anwenden zu können.

Betrachtet man Worte und Taten der Großen Koalition, so erleben wir seit langem ein „Wechselbad der Gefühle“.

Anlässlich der Gründung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ verlaubliche Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel:

„Eine wettbewerbsfähige Industrie und hochwertige industrielle Arbeitsplätze sind zentral für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ziel des Bündnisses ist es daher, konkrete Handlungsempfehlungen zu den drängendsten Themen zu entwickeln. Daneben brauchen wir aber auch einen industrie- und gesellschaftspolitischen Dialog. Denn wir benötigen eine höhere Akzeptanz für die Kernfunktionen, die unsere Industrie für Wohlstand, Wachstum, Innovationen und zukunftssichere Arbeitsplätze wahrnimmt.“

Gleichzeitig lassen dem aber – insbesondere Arbeitsministerium und Familienministerium – Taten folgen, welche die vollmundigen Ankündigungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium zu einem reinen Lippenbekenntnis ohne Wert verkommen lassen.

Bei den noch anstehenden Entscheidungen hat die Koalition erneut Gelegenheit zu zeigen, dass sie die Zukunft der Industrie in Deutschland wirklich sichern will.

» DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE LANGFRISTIG ANGELEGTE SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK «

Statt bürokratischer Regulierungen braucht Deutschland dafür jedoch eine langfristig angelegte Sozial- und Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, die auch künftig im globalen Wettbewerb Bestand haben.

Aus der Arbeit des VBCI



VBCI



Stärke durch Gemeinsamkeit

Eine effektive Vertretung der sozialpolitischen Interessen der bayerischen Chemieunternehmen gegenüber Legislative, Exekutive, politischen Parteien und Gewerkschaften kann nur erfolgreich sein, wenn ein stetiger Austausch der Informationen mit den Unternehmen stattfindet. Die intensive, vertrauensvolle und praxisorientierte Zusammenarbeit in den Gremien Vorstand, Wirtschaftspolitischer Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss, im Arbeitskreis Berufsausbildung und in der Arbeitsgruppe Personalentwicklung führt daher zu einer geschlossenen und zielorientierten Interessenvertretung.

In Zahlen: 16 mal sind die Gremien des VBCI im Berichtszeitraum zusammengetreten, um diese Ziele zu verfolgen.

Die Koordination der Arbeitgeberinteressen der chemischen Industrie gegenüber Politik und Gewerkschaft erfolgt darüber hinaus durch Arbeitskreise und Gremien auf Landesebene bei der vbw sowie auf Bundesebene beim BAVC und bei der BDA, in denen wir ebenfalls vertreten sind.

Themen

Schwerpunkte der Gremienarbeit waren im Berichtszeitraum die Tarifpolitik, die Gesetzesvorhaben der Großen Koalition, Fachkräftesicherung und die demografische Entwicklung, sowie auf europäischer Ebene die Themen Arbeitszeitrichtlinie, Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie und der EU-Datenschutzgrundverordnung.

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (SPA)

Dieses aktivste Gremium des VBCI behandelte und diskutierte Fragestellungen, z.B. aus den Bereichen Tarifpolitik, aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung, europäische Sozialpolitik und demografiefeste Schichtsysteme. Im Zentrum stand in diesem Jahr natürlich die Vor- und Nachbereitung der aktuellen Tarifrunde in der Chemie. Der besondere Wert des SPA liegt dabei seit vielen Jahren im sachkundigen, intensiven und von Vertrauen geprägten Gedanken- und Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder.

Arbeitskreis Berufsausbildung

Der Arbeitskreis Berufsausbildung befasste sich u.a. mit der Situation auf dem Ausbildungsmarkt, der Inklusion Behinderter in die Ausbildung und der Beschäftigung von Praktikanten unter dem neuen Mindestlohngesetz.

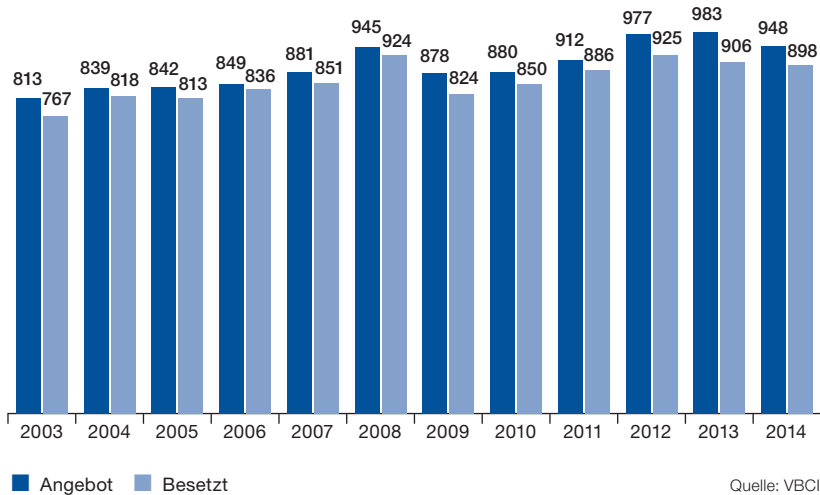
Schwerpunkt der Arbeit ist und wird es zukünftig sein, dem sich auch in der bayerischen Chemieindustrie abzeichnenden Fachkräftemangel mit geeigneten Maßnahmen entgegen zu treten.

Hiervon betroffen sind insbesondere die gewerblich-technischen Berufe, vor allem der Chemikant. Ursachen dafür sind nicht nur sinkende Schülerzahlen, sondern der nach wie vor ungebrochene Trend zur Akademisierung. Die bayerischen Chemieunternehmen verstärkten deshalb ihre Bemühungen insbesondere an den Schulen, für die in unserer Branche wichtigen Berufsbilder zu werben. Unterstützt werden sie hierbei durch die Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVi)“ der Chemiearbeitgeberverbände. EIVi vermittelt den Jugendlichen in zeitgemäßem Internetdesign ein realistisches Bild der Arbeitswelt Chemie und zeigt die angebotenen Ausbildungsplätze in der Nähe schnell und übersichtlich an.

Basierend auf den bisher mit der Internetseite gesammelten Erfahrungen hat die Startseite eine Überarbeitung erfahren, die den Nutzern eine verbesserte Handhabung erlaubt. Außerdem wurde das Angebot speziell für kleine und mittelgroße Unternehmen ausgeweitet. Für sie wurde eine stark vereinfachte Möglichkeit geschaffen, ihre Ausbildungsangebote schnell und ohne großen Aufwand in die internetbasierte Ausbildungsdatenbank einzustellen.

Die Ausbildungsplatzsituation in der bayerischen chemischen Industrie ist immer noch gut: 2014 wurden 948 Ausbildungsplätze angeboten, die Zahl der besetzten Stellen lag bei 898. Der Anteil an unbesetzten Lehrstellen hat sich von 7,8 % im Vorjahr auf 5,3 % verringert. 2014 wurden von den zur Übernahme anstehenden Absolventen 93,1 % übernommen. Die chemische Industrie in Bayern verstärkt weiter ihre Bemühungen im Bereich der Berufsausbildung, denn eine starke Ausbildung ist noch immer das beste Mittel gegen einen drohenden Fachkräftemangel.

Ausbildungsplatzangebot Bayern



Arbeitsgruppe Personalentwicklung

Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung befasste sich im Berichtszeitraum insbesondere mit den Punkten Hochschulmarketing, Kennzahlen der Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement und Nachhaltigkeit von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand auch der „Bachelor“. Die anwendungs- und praxisorientierten Bachelorprofile aus den Bereichen Technik und Ingenieurwesen, aber auch aus der IT oder dem kaufmännischen Bereich sind zwischenzeitlich in den Unternehmen zunehmend gefragt. Differenzierter ist die Situation für Bachelorabsolventen aus anderen Bereichen. Bestimmte Positionen im Bereich Forschung und Entwicklung bleiben in der chemischen Industrie weiterhin Hochschulabsolventen mit Masterabschluss oder Promotion vorbehalten. Der „Chemie-Bachelor“ hat hier keine Chance.

Ein weiterer Diskussionspunkt in diesem Zusammenhang war auch die leistungsgerechte Eingruppierung der Bachelorabsolventen in das System des Bundesentgelttarifvertrages. Während die Eingruppierung von Masterabsolventen in der Regel klar ist, gibt es für die Unternehmen hier häufig noch Klä-

rungsbedarf, da teilweise nur schwer erkennbar ist, welches praxisrelevante Wissen sich hinter den oft phantasievollen Bezeichnungen der Studiengänge tatsächlich verbirgt.

Schulungen und Seminare

In über 50 Informationsveranstaltungen, Grundlagen-, Praktiker- und Zielgruppenseminaren, Workshops, Meistertreffen und Inhouse-Schulungen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen im Rahmen unseres breit aufgestellten Fortbildungsprogramms geschult, um die Herausforderungen der täglichen Personal- und Führungsarbeit zu meistern.

Der Kreis der Teilnehmer bestand aus Mitarbeitern der Personalabteilungen aller Ebenen, Meistern und Führungskräften bis hin zu den Geschäftsführern.

»»DIE BAYERISCHEN CHEMIEVERBÄNDE HABEN EIN UMFANGREICHES SEMINARANGEBOT««

Neben den klassischen arbeitsrechtlichen Themen, insbesondere im Rahmen der Workshops, lag das Augenmerk dieses Jahr auf den Hilfestellungen zu den beschlossenen Gesetzen wie Mindestlohn, Elternzeit, Familienpflegezeit und der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Unter dem Stichwort „Compliance“ werden Schulungsthemen wie Scheinselbständigkeit und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung immer mehr nachgefragt. Gleiches gilt für das Thema „Delegation und Haftung“, das bei Führungskräften hoch im Kurs steht.

»»DIE „MEISTERTREFFEN“ SIND EIN ÜBER JAHRZEHNTE OPTIMIERTES SEMINAR SPEZIELL FÜR DIE MEISTER UNSERER BRANCHE««

Ein weiterer zentraler Baustein unseres Seminarprogramms sind die seit Jahrzehnten stattfindenden „Meistertreffen“. Hier werden nicht nur die Führungsfähigkeit der Meister in der chemischen Industrie gefördert, sondern gezielt Kenntnisse zu betriebswirtschaftlichen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Themen vermittelt. Die Meistertreffen – ursprünglich initiiert, um den Austausch unter den Meistern unserer Branche zu unterstützen – haben sich damit zu einem hochmodernen Seminar für diese wichtige Mitarbeitergruppe entwickelt.

Die Seminare sind auf die Belange der Chemie zugeschnitten und besonders für ihre Nähe zur Praxis sowie die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bekannt. Aus diesem Grund freuen wir uns seit Jahren auch über die Teilnahme von Mitarbeitern aus nicht-bayerischen Firmen.

Zur Sicherung des künftigen naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchses werden durch die Bayerischen Chemieverbände Fortbildungen für Lehrer aller Schularten organisiert und unterstützt, um deren Unterricht modern und interessant zu gestalten. Die „Schülertage“ an den bayerischen Universitäten sollen zusätzlich die Neugier der Schüler am Fach Chemie wecken bzw. erhalten.

» FORTBILDUNGEN FÜR LEHRER (ALLER SCHULARTEN)
UND „SCHÜLERTAGE“ HELFEN, DEM FACHKRÄFTEMANGEL
ENTGEGEN ZU TRETEN «

Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche

BAVC und IG BCE haben sich im September 2014 auf ein gemeinsames Leitbild für ein erfolgreiches betriebliches Gesundheitsmanagement verständigt. Das Leitbild soll den Betriebsparteien vor Ort Orientierung bieten für die Fortentwicklung der Gesundheitsaktivitäten im jeweiligen Unternehmen. Es ist Teil der gemeinsamen Initiative „Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche“, mit der die Sozialpartner das Gesundheitsmanagement auf eine neue Stufe stellen und mehr Sicherheit im Umgang mit psychischer Gesundheit auf betrieblicher Ebene schaffen. Die Sozialpartner sind überzeugt, dass die Bedeutung eines erfolgreichen Gesundheitsmanagements angesichts der demografischen Entwicklung weiter steigen wird.

Gemeinsam vom VBCI und dem IG BCE-Landesbezirk Bayern wurde im Januar 2015 eine Pilotveranstaltung mit dem Titel „Ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen“ organisiert. Diese Regionalveranstaltung erfolgte unter dem Dach der Gesellschaft zur Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der chemischen Industrie (GIBUCI). Nach dem Willen der Sozialpartner soll GIBUCI (bald mit neuem Namen) künftig eine Bildungseinrichtung der Chemiesozialpartner auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales werden und hierzu Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Unternehmen und Betriebsräte informieren und schulen.

Prozessvertretung

Die rechtlichen Interessen der Mitgliedsunternehmen vor den Arbeits-/Sozialgerichten, dem Landesarbeits-/Landessozialgericht und auch dem Bundesarbeits-/Bundessozialgericht werden durch unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im VBCI engagiert und qualifiziert vertreten. Jährlich werden durch die Rechtsabteilung hunderte von Prozessen geführt. Das Spektrum reicht hier von Kündigungsschutzklagen über Teilzeitanprüche, Unwirksamkeit von Befristungen, Auslegung der Tarifverträge, Ansprüche auf Feststellung eines Arbeitsverhältnisses bei angeblicher Scheinselbständigkeit, Altersteilzeitanprüche, Rechte bei Betriebsübergang, Zeugnisberichtigung, Ansprüche im Zusammenhang mit Urlaub, Aktienoptionen, Ansprüche aus betrieblicher Altersversorgung bis hin zu betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeiten wie die Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates bei Einstellung oder die Einsetzung von Einigungsstellen bei Betriebsänderungen.

»JÄHRLICH WERDEN DURCH UNSERE RECHTSABTEILUNG
HUNDERTE VON PROZESSEN GEFÜHRT«

Die Juristinnen und Juristen des VBCI sind darüber hinaus ehrenamtliche Richter am Arbeitsgericht München, beim Landesarbeitsgericht München und dem Bundesarbeitsgericht und können so die Erfahrungen aus der Praxis aus Sicht der Arbeitgeber in die Rechtsprechung einfließen lassen.

Weitere rechtliche Unterstützung der Mitgliedsunternehmen

Neben der Prozesstätigkeit steht die Rechtsabteilung des VBCI den Mitgliedsunternehmen bei Vertragsgestaltungen und Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu sämtlichen Themen der Betriebsverfassung zur Seite. Immer aktueller wird hier das Thema der flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Diese Unterstützung findet sowohl bei Gesprächen vor Ort als auch im Rahmen von Einigungsstellen statt.

»WIR BERATEN UNSERE MITGLIEDSFIRMEN BEI DER
UMSETZUNG DER TARIFVERTRÄGE«

Hinzu kommen die Beratung der Unternehmen bei der Umsetzung der Tarifverträge und bei Verhandlungen mit Gewerkschaften und Betriebsräten

sowie deren Rechtsanwälten zu unternehmensbezogenen Verbandstarifverträgen, bei der Nutzung der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln, bei Betriebsvereinbarungen zu Arbeitszeitsystemen, bei Betriebsübergängen und Umstrukturierungen mit anschließendem Interessenausgleich und Sozialplan.

Informationsangebote

Abgerundet wird diese Unterstützung der Mitgliedsunternehmen durch das tagesaktuelle und umfangreiche Intranet des VBCI, den wöchentlichen Newsletter und das monatliche Journal. Ausführliche Arbeitshilfen mit praxisorientierten Formulierungsvorschlägen und Checklisten geben Hilfestellungen für die tägliche Personalarbeit, wie z.B. die Handbücher „Das Arbeitsverhältnis in der Chemischen Industrie“ und „Arbeitsvertragsgestaltung in der Chemischen Industrie“. Vor Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes wurden den Mitgliedsunternehmen Informationsbroschüren mit Musterverträgen zu den wesentlichen Neuerungen, insbesondere der Neugestaltung der Beschäftigung von Praktikanten zur Verfügung gestellt.

Wirtschaftliche Lage



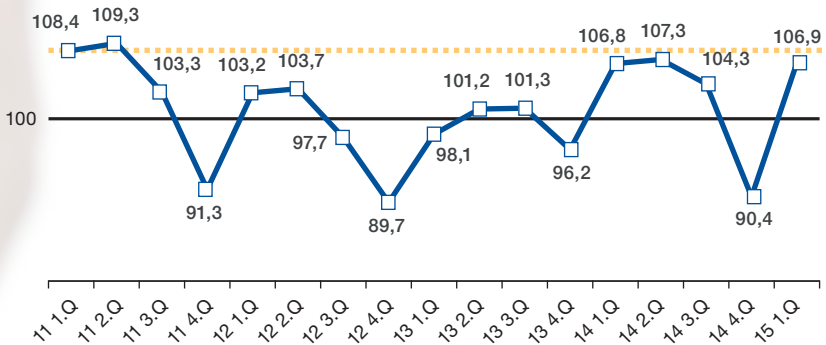
Wirtschaftliche Lage

Die bayerische chemische Industrie (ohne Pharmaindustrie) blickt auf ein insgesamt enttäuschendes Jahr 2014 zurück. Der Ende 2013 einsetzende Aufschwung setzte sich zwar noch im ersten Quartal 2014 mit einem Produktionswachstum von 8,9 % gegenüber dem Vorjahr fort, diese Entwicklung verlor aber im weiteren Verlauf des Jahres 2014 jeglichen Schwung, so dass im 4. Quartal mit -6,0 % wieder ein deutliches Produktionsminus eingefahren wurde. Insgesamt stieg die Produktion in der bayerischen chemischen Industrie um 3,1 % – allerdings auf einer schwachen Vorjahresbasis, denn 2013 war nur ein Plus von 0,6 % erreicht worden. Noch schwächer war der Verlauf bei der bayerischen pharmazeutischen Industrie, wo 2014 gegenüber dem Vorjahr die Produktion um 2,2 % sank.

Produktion chemische Industrie Bayern 2011 - 2015

Index 2010 = 100

(ohne pharmazeutische Erzeugnisse)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

In der deutschen chemischen Industrie (ohne Pharmaindustrie) war die Entwicklung ähnlich, auch hier drehte der Produktionsindex ab Mai ins Minus. Für das gesamte Jahr 2014 belief sich der Produktionsrückgang auf -1,3 %, nach +0,5 % im Jahr 2013. Inclusive der pharmazeutischen Industrie ergab sich 2014 bundesweit ein Plus von 0,8 %.

Insgesamt kann nicht verkannt werden, dass sich die Produktion der chemischen Industrie auch unter Berücksichtigung der besseren Werte für die Pharmaindustrie seit 2010 im Wesentlichen nur seitwärts entwickelt – der Produktionsindex lag 2014 um nur 2,1 Punkte über dem Wert des Jahres 2010.

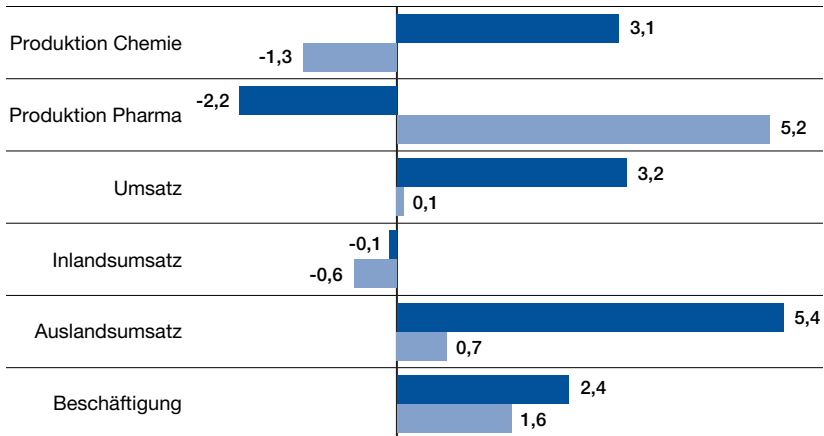
»DIE BAYERISCHE CHEMISCHE INDUSTRIE BLICHT AUF EIN INSGESAMT ENTTÄUSCHENDES JAHR 2014 ZURÜCK«

Die Beschäftigungsentwicklung ist in der bayerischen chemischen Industrie seit Jahren erfreulich, auch 2014 gab es wieder einen Zuwachs (2,4 %).

Die Umsätze der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie wuchsen 2014 um lediglich 0,1 %. Hier machte sich u.a. auch die Entwicklung bei den Erzeugerpreisen bemerkbar, die bei den chemischen Erzeugnissen um 1,7 % sanken und auch bei den pharmazeutischen Erzeugnissen mit 0,1 % kaum stiegen.

Wirtschaftliche Lage Gesamtjahr 2014

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



■ Bayern
■ Deutschland

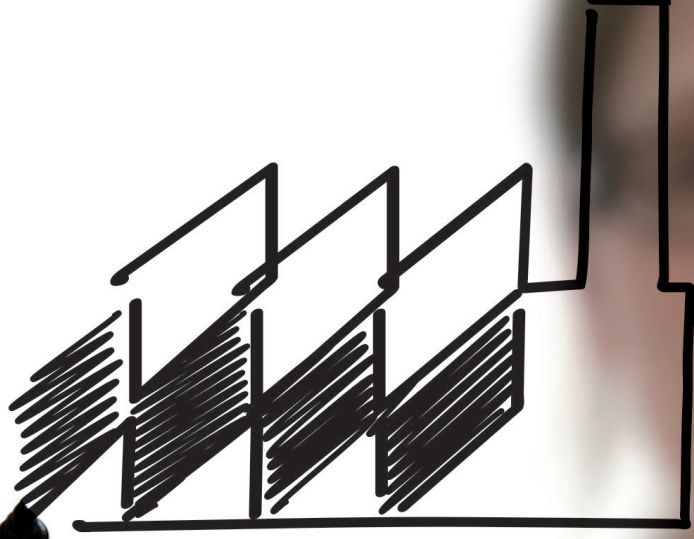
Quelle: Statistisches Bundesamt, VCI, Statistisches Landesamt, VCI-LV Bayern

Für das Jahr 2015 sieht der VCI eine gewisse Belebung der deutschen Chemiekonjunktur. Die chemische Industrie ist auf einen moderaten Wachstumskurs zurückgekehrt. Dies gilt auch für Bayern, wo im März die Chemieproduktion um 2,0 % zulegte. Da aber im Januar noch ein Rückgang zu verzeichnen war, liegt die Produktion (ohne Pharmaindustrie) im 1. Quartal 2015 genau auf Höhe des Vorjahreswertes. Die bayerische Pharmaproduktion lag im 1. Quartal 2015 noch mit 1,1 % im Minus, aber auch hier war im März ein Plus von 3,6 % erreicht worden.

»DIE ERWARTUNGEN FÜR DAS JAHR 2015 SIND INSGESAMT WIEDER ZUVERSICHTLICHER«

Die weiteren Erwartungen für das Jahr 2015 sind insgesamt wieder zuversichtlicher. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einer nun anhaltenden Erholung aus, die ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 2,1 % erwarten lässt. Damit wurde die Prognose vom Herbst 2014 nach oben korrigiert. Der VCI erwartet für 2015 einen Produktionszuwachs von 1,5 %. Getragen wird dieser Aufschwung derzeit von den günstigen Ölpreisen, dem anhaltend niedrigen Zinsniveau sowie vom relativ schwachen Euro. Damit beruht der Aufschwung derzeit im Wesentlichen auf zeitlich begrenzten Sonderfaktoren und nicht auf einer nachhaltigen Entwicklung. Kräftige Impulse von den Investitionen, die zu einem selbsttragenden Aufschwung dazugehören, sind nach Ansicht von BDA und BDI bislang ausgeblieben bzw. finden eher im Ausland statt. Dementsprechend sind die Erwartungen der Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2016 wieder etwas verhaltener, man rechnet dort mit einem Plus von 1,8 % beim Bruttoinlandsprodukt.

Industrieland Bayern



Zukunft des Industrielands Bayern

Vielen ist die Verwendung des Begriffs „Industrieland“ als Synonym für ein reiches Land, ein Land mit großem Wohlstand, nicht wirklich bewusst, obwohl er genau so gemeint ist. Im Gegenteil, der Wortteil „Industrie“ stört manche fast, wenn ihnen klar wird, dass sich damit die eigentliche Herkunft des Wohlstands offenbart.

Die Industrie ist Motor der gesamten Wirtschaft. Jeder Industriearbeitsplatz erzeugt gleich mehrere weitere Arbeitsplätze, ob in nach- und vorgelagerten Wertschöpfungsstufen oder in flankierenden Dienstleistungsbranchen. Außerdem hat sich der stabilisierende Effekt der Industrie auf die Volkswirtschaft in der Krise nach 2009 klar gezeigt. Allem voran ist der industrielle Teil der Wirtschaft maßgeblich verantwortlich für unser hohes Gehaltsniveau und für den Wohlstand in unserem Land. Die hohen Produktivitätssteigerungen, die in der Produktion möglich waren (also mehr Wertsteigerung bei gleichem Ressourceneinsatz), haben zunächst zu durchweg hohen Gehältern in der Industrie geführt, was dann wiederum das gesamte Gehaltsniveau in unserer Volkswirtschaft steigen ließ. Alle können sich seither „mehr leisten“.

»ES IST DIE INDUSTRIE, DIE FÜR DEN
WOHLSTAND IN UNSEREM LAND SORGT«

Wenn man analysiert, warum z.B. ein Friseur in Deutschland bei vergleichbarer Leistung rund das 50- bis 100-fache eines Friseurs in Indien verdient, wird es begreifbar: Es ist die Industrie bzw. der Anteil der Industrie in der jeweiligen Volkswirtschaft und es sind die dort jeweils erreichten Produktivitätsfortschritte, die für das allgemeine Gehaltsniveau verantwortlich sind und damit für Wohlstand sorgen.

Liest man die Präambel des Koalitionsvertrags oder die Ziele der EU-Kommission, so sieht man, dass die Notwendigkeit eines hohen Anteils der Industrie am BIP durchweg erkannt wird und dass auch Impulse zur Stärkung der Industrie gefordert werden.

Warum aber ist die Umsetzung so schwierig? Warum rüttelt die schleichende Deindustrialisierung nicht wach? Warum werden häufig die Entscheidungen doch gegen diese richtigen Ziele getroffen?

Es gibt offensichtlich noch wichtigere Ziele, noch wichtigere Themen oder Themen, die im Wahlkampf bzw. in den Medien als wichtiger eingestuft werden: Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Schutz von Partikularinteressen, um nur einige zu nennen.

Kurz gesagt, wirtschaftsfreundliches Handeln kommt nicht gut an. In der öffentlichen Wahrnehmung geht es der Wirtschaft gut und es gibt deshalb keinen Handlungsbedarf. Der zeitliche Versatz von politischer oder regulatorischer Entscheidung bis zur Wirkung derselben wird freilich verkannt.

Daneben wird das Handeln oft von den Regeln der Politik überlagert. Falsche Entscheidungen oder Äußerungen können nicht zurückgenommen oder korrigiert werden, weil dies ein Schuldeingeständnis wäre und einen Gesichts- oder Kompetenzverlust und damit meist auch einen Machtverlust bedeuten würde.

Klimaschutz

Die Bundeskanzlerin hat noch vor Kurzem bekannt gegeben, dass Deutschland die Ausgaben für den (nationalen) Klimaschutz verdoppeln will und auch seitens des Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers gibt es Pläne, den Energiemix in Deutschland zulasten der Braunkohlekraftwerke und für eine nationale (!) Minderung der CO₂-Emissionen zu beeinflussen.

Bei der Einführung des ETS, also des europäischen Zertifikatehandels für CO₂-Emissionen, hatte man sich aber sinnvollerweise gerade darauf geeinigt, keinen Wettstreit nationaler Klimaschutzprogramme anzuzetteln, sondern ein einziges, europäisches Instrument zur CO₂-Emissionsreduktion zu etablieren. Es ist so ausgestaltet, dass alle nationalen Regelungen, die den im ETS erfassten Sektor betreffen (also alle Stromerzeugungsanlagen und alle größeren Industrieanlagen), keine Auswirkungen auf die europaweiten CO₂-Emissionen haben können.

» WENN MAN DEN KLIMASCHUTZ ALS MASSSTAB
VERWENDET, SIND DIE RUND 22 MRD. EUR JÄHRLICHE
EEG-UMLAGE VERSCHWENDETES GELD «

Um es in Euro auszudrücken: Wenn man den Klimaschutz, d.h. die Reduktion der CO₂-Emissionen, als Maßstab verwendet, sind die rund 22 Mrd. EUR jährliche EEG-Umlage völlig verschwendetes Geld, das der Wirtschaft und dem Staat für Investitionen und Vorsorge fehlt. Denn alle deutschen „Investitionen“ in Erneuerbare Energien führen zwar zu einem teilweisen Wegfall kon-

ventioneller Stromerzeugung, aber damit letztlich nur zu niedrigeren Preisen der CO₂-Zertifikate. Dort eingesparte CO₂-Mengen und -Zertifikate werden von anderen Marktteilnehmern in Europa emittiert bzw. genutzt – auch von deutschen! Die europäischen CO₂-Emissionen werden sich also trotz der Erneuerbaren Energien auf die durch ETS definierte Menge belaufen! Nationale Anstrengungen führen daher nur im Nicht-ETS-Sektor, also bei Haushalten, Heizungen, Mobilität, etc., zu tatsächlichen Einsparungen. Gerade dort gibt es aber kaum Fortschritte.

»DAS EEG UND DIE AUSGABEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN HÄTTEN NIE DIESE DIMENSION ERREICHEN DÜRFEN«

Das EEG und die Ausgaben für Erneuerbare Energien hätten nie diese Dimension erreichen dürfen. Der damit entstandene Schaden für die Industrie, insbesondere die energieintensive Industrie, ist enorm und ein Beispiel falscher Politik. Warum eine wirkliche Korrektur noch immer auf sich warten lässt, ist kaum mehr erklärbar. Anlagen für Erneuerbare Energien, die dem Wettbewerb standhalten, werden ohnehin gebaut. Die Förderung volatiler Erneuerbarer Energien sollte aber möglichst bald beendet werden.

Im Übrigen geht die gesamte EEG-Umlage (22 Mrd. EUR pro Jahr) an allen öffentlichen Haushalten vorbei und die Verwendung unterliegt kaum einer parlamentarischen Kontrolle. Dieser Teil der „Energiewende“ wird darüber hinaus nur von den Stromverbrauchern bezahlt, obwohl es doch offensichtlich eine „nationale Aufgabe“ ist. Auch diesbezüglich besteht Korrekturbedarf. Nur zum Vergleich: 22 Mrd. EUR entsprechen auch in etwa der Gehaltssumme der gesamten deutschen chemischen Industrie mit ca. 400.000 Arbeitnehmern.

Kohleausstieg?

Parallel zum Einstieg in die Erneuerbaren Energien vollzieht Deutschland im nationalen Alleingang auch den Ausstieg aus der Atomenergie. „Parallel“ deshalb, weil die Erneuerbaren Energien, vornehmlich Wind- und Solarstrom, keine gesicherte Leistung bereitstellen können und nicht grundlastfähig sind. Sie sind deshalb nicht in der Lage, Atomstrom zu ersetzen. Neue konventionelle Kraftwerke müssen im Rahmen des Atomausstiegs ans Netz gehen und wirtschaftlich betrieben werden können. Zu allem Überfluss wird in die-

ser ohnehin schwierigen Situation die Debatte damit angereichert, dass auch die Stromproduktion aus Kohle – insbesondere Braunkohle – im Energiemix abnehmen soll, denn durch den beschriebenen Effekt der CO₂-Zertifikatevergünstigung (auch befeuert durch eine schwache europäische Wirtschaft) nimmt die Stromproduktion aus Kohle eher zu. Weil Kohlekraftwerke aber mehr CO₂ je kWh Strom freisetzen als Gaskraftwerke, soll auch diese Technologie regulatorisch begrenzt werden. Es sind wieder die nationalen (!) Klimaschutzziele, die die Energiewende zu einer Energie-Patentwende werden lassen. Denn Atomausstieg, Kohleausstieg, planwirtschaftlicher Einstieg in volatile Erzeugung via EEG – alles gleichzeitig – ist mutig, wenn nicht sogar töricht. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass nationale Regelungen die CO₂-Emissionen in Europa (ETS-Bereich) gar nicht beeinflussen (können).

Stromleitungsbau

In Bayern haben wir die besondere Situation, dass derzeit noch knapp 50 % der Stromerzeugung von Atomkraftwerken geleistet wird. Ab 2023 sind es 0 %. Neue grundlastfähige Kraftwerke sind in Bayern eigentlich nur gasbasiert möglich. Leider sind Gaskraftwerke immer eine teure Art der Stromerzeugung. Wie also soll in Bayern nach 2023 eine sichere und preisgünstige, d.h. international wettbewerbsfähige Stromversorgung realisiert werden? Der wichtigste Schritt ist der Leitungsbau, denn damit können die Herausforderungen auf Bundesebene oder europäischer Ebene adressiert werden. Er ist vermutlich auch der günstigste Weg, Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

» DIE VERSORGUNGSLÜCKE IN BAYERN BETRÄGT MINDESTENS 5 GW IN DER LEISTUNG UND 40 TWH IN DER ARBEIT «

Aus nachvollziehbaren Gründen gab und gibt es auch Gegner von Stromtrassen und es ist auch verständlich, dass die Politik diese Bürgerstimmen ernst nimmt. Deswegen war der Energiedialog der Bayerischen Staatsregierung auch eine gute Antwort, um Erkenntnisdefizite auf allen Seiten zu beseitigen. Spätestens seit dem Energiedialog ist aber klar: Die Versorgungslücke in Bayern beträgt mindestens 5 GW in der Leistung und 40 TWh in der Arbeit (Strommenge).

Es ist auch klar geworden, dass der Leitungsbau im Wesentlichen nötig ist, um ein Zerfallen der deutsch-österreichischen Preiszone in Nord und Süd

zu verhindern und die Versorgungssicherheit in Bayern sicherzustellen. Die Frage des Netzausbaus ist weitestgehend von der Frage zusätzlicher Erzeugungsleistung entkoppelt. Und auch wenn es nicht zur derzeit geführten Debatte um die Notwendigkeiten der Leitungen nach Bayern passt: Der Energiedialog hat auch bestätigt, dass weder Energieeinsparung noch -speicherung einen ausreichenden Lösungsbeitrag leisten können. Die Zeit drängt. 2023 ist schon in acht Jahren – nicht viel Zeit für Infrastrukturprojekte dieser Größenordnung. Wir haben keine Zeit mehr – und auch kein Verständnis mehr – für machtpolitisch motivierte Scharmützel in diesem für die Industrie so wichtigen Bereich Stromversorgung.

Infrastruktur

Neben der Strominfrastruktur gibt es weitere Infrastrukturthemen, die unseren Wirtschaftsstandort belasten. Unbestritten ist wohl, dass in Deutschland ein „Investitionsstau“ bei der Sanierung von Brücken und Straßen besteht. Daneben darf aber nicht vergessen werden, dass es auch Neubauprojekte – Straße und Schiene – gibt, die seit Jahrzehnten überfällig sind und die in der Priorisierung nicht zurückfallen dürfen angesichts klammer Budgets für die Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere das wirtschaftsstarke bayerische Chemiesdreieck im Südosten Bayerns verdient schon lange eine bessere Anbindung. Aber auch ganz allgemein ist festzustellen, dass mehr Infrastrukturinvestitionen getätigt werden müssen, die der Industrie zugutekommen, um die Qualität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu erhalten.

» ES MÜSSEN MEHR INFRASTRUKTURPROJEKTE FÜR
DIE INDUSTRIE GETÄTIGT WERDEN «

Bürokratie und Erfüllungsaufwand

Wenn man beobachtet, wieviel Zeit und Energie unsere Mitgliedsfirmen mit Vorgaben zur Erfüllung von Beantragungs-, Berichts-, Dokumentations- und sonstigen Informationspflichten sowie Compliance-Vorgaben aufwenden, dann muss man nüchtern feststellen: Wir haben ein Niveau erreicht, das ein echter Standortnachteil geworden ist und das sicher eine enorme Markteintrittsbarriere bzw. Investitionsbremse darstellt. Sei es im Rahmen von REACH, die Bereitstellung von Daten für die Erstellung und Vervollständigung von Registrierungs dossiers und Zulassungsanträgen sowie Aktua-

lisierungspflichten im Rahmen von IT-Umstellungen der ECHA oder auch die Erstellung von (erweiterten) Sicherheitsdatenblättern mit ausufernden Informationsanforderungen samt sich stetig ändernder Vorgaben, sei es bei CLP/GHS die Umsetzung der neuen Kennzeichnungspflichten oder die Beachtung der erheblichen Rechtsfolgen harmonisierter Einstufungen in nachgelagerten Regelwerken oder die teilweise unterschiedliche weltweite Auslegung des „global harmonisierten“ Einstufungs- und Kennzeichnungssystems (GHS), seien es im Umweltbereich komplexe immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren samt Überwachungs- und Berichtspflichten inklusive eventueller aufwendiger Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Dokumentation der Einhaltung von Genehmigungsaufgaben oder behördliche Datenabfragen zur Bestimmung des Standes der Technik, seien es im Arbeitsschutzbereich immer aktuell zu haltende Gefährdungsbeurteilungen oder die Führung von Expositions- und sonstiger Verzeichnisse, etc., etc. – all diese Aufgaben müssen von den Firmen geleistet werden. Um einen Eindruck über die Dimension dieses Aufwands zu bekommen, empfiehlt sich die Lektüre des Kapitels „Aus der Arbeit des VCI“ und „Aus der Arbeit des VBCI“. Noch immer werden EU-Vorgaben auf deutscher oder bayerischer Ebene zusätzlich verschärft, noch immer wird an bürokratischen Vollzugspraktiken festgehalten, anstatt vorhandene Bandbreiten und Handlungsspielräume für einfache Umsetzungen zu nutzen.

»» DER ERFÜLLUNGS-AUFWAND UND DIE NICHT-PRODUKTIVEN ANFORDERUNGEN AN UNSERE UNTERNEHMEN SIND ENORM ««

Es zeichnet sich zusätzlich ein Kulturwandel in der Gesetzgebung ab, der eine Einbindung Betroffener vorsieht. Grundsätzlich ist diese Anhörung ja zu begrüßen, allerdings birgt diese „Rückdelegation“ der Verantwortung auch ein Risiko. Denn es ist den meisten Firmen nicht möglich, alle Regulierungsvorhaben zu verfolgen und zu durchdringen, sowie dann auch noch sachgerecht zu kommentieren bzw. an allen Beteiligungsmodellen – wie Studien und Konsultationen auf bayerischer, bundesdeutscher oder EU-Ebene, Kommentierungen von Entwürfen für Verordnungs- und Gesetzesvorhaben oder Datenabfragen im Vorfeld dazu – teilzunehmen. Am Ende sieht sich die Branche häufig doch mit dem Argument konfrontiert „Wir hatten doch alle gefragt!“. Es wird höchste Zeit, dass unsere Unternehmen Erleichterungen bei Berichtspflichten, Bürokratie und Beteiligungsverfahren bekommen.

De- oder Reindustrialisierung?

Nicht nur in der Energiepolitik, der Infrastruktur oder beim Thema Bürokratie sieht man, dass es kaum noch echte Wirtschaftspolitik gibt. Die Deindustrialisierung schreitet seit über 10 Jahren voran. Bei den energieintensiven Industrien liegt die Reinvestitionsquote nach wie vor deutlich unter der 100 %-Marke für den Substanzerhalt und erstmals seit 10 Jahren haben die Auslandsinvestitionen die Inlandsinvestitionen im Wert überstiegen.

Es kann kaum ein klareres Indiz für zu schlechte Investitionsrahmenbedingungen geben.

»ES IST HÖCHSTE ZEIT FÜR HANDFESTE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORTSCHRITTE UND POSITIVE SIGNALE AN INVESTOREN«

Es sollte ein alarmierendes Signal sein, dass trotz einer derzeit auskömmlichen Wirtschaftslage mit hohen Steuereinnahmen der Kommunen, trotz eines niedrigen Zinsniveaus, also niedriger Kapitalkosten, und trotz nicht allzu schlechter Konjunkturaussichten Investitionen ins Ausland verlagert werden.

Es bedarf einer gemeinschaftlichen Anstrengung von Wirtschaft und Politik, die Bedeutung der Industrie in der und für die Gesellschaft wieder fest zu verankern. Dazu gehören echte wirtschaftspolitische Signale, die bis auf TTIP derzeit leider völlig fehlen. Dazu gehört eine Offensive, um der Technologie- und Industrie-feindlichkeit in unserem Land entgegen zu wirken, damit Innovationen und neue Technologien auch in Bayern in wirtschaftlichen Erfolg übersetzt werden können und neben den Risiken auch die Chancen wieder eine Chance bekommen. Und dazu gehört eine offene und ehrliche Auseinandersetzung über die politischen Ziele, bevor über die Instrumente diskutiert wird.

Aus der Arbeit des VCI- Landesverbandes Bayern





VCI

BAYERN

Als wirtschaftspolitische Interessenvertretung setzt sich der VCI-Landesverband für die Belange der bayerischen chemisch-pharmazeutischen Industrie gegenüber Administration, Öffentlichkeit und Politik ein. Dabei ist der Fokus unserer Arbeit darauf gerichtet,

der Branche in Bayern eine starke Stimme zu geben und den bayerischen Chemiestandort zukunftssicher zu erhalten und auszubauen. Ziel ist es, dass unsere Mitgliedsfirmen hierzulande gute Rahmenbedingungen für Wertschöpfung und eine nachhaltige Entwicklung vorfinden, um so ihren Beitrag für Beschäftigung, Wohlstand und sozialen Frieden im Land leisten zu können. Dabei gilt es zu verdeutlichen, dass nur eine starke chemisch-pharmazeutische Industrie in ihrer Schlüsselposition in vielen Wertschöpfungsketten der Aufgabe eines Innovationsmotors und zentralen Problemlösers für die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – wie Gesundheit, Ernährung, Energieversorgung und Mobilität – nachkommen kann.

»GUTE STANDORTBEDINGUNGEN FÜR
UNSERE MITGLIEDSFIRMEN SIND DAS
HAUPTZIEL UNSERER ARBEIT«

Um in den verschiedenen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern auf bayerischer, bundesdeutscher und EU-Ebene eine klare Branchenmeinung vertreten zu können, findet in zahlreichen Arbeits- und Expertenkreisen des Landesverbandes ein stetiger Erfahrungsaustausch statt. Hier werden nicht nur relevante Gesetzes- und Verordnungsvorhaben branchenspezifisch analysiert und kommentiert, sondern auch konkrete Lösungsvorschläge für einen praxisnahen Vollzug erarbeitet, damit diese in der Verbandsarbeit an geeigneter Stelle eingebracht werden können.

Energiepolitik

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist für die chemische Industrie als energieintensive Branche ein maßgeblicher Standortfaktor – denn Energie ist hier wesentlicher Rohstoff für viele chemische Stoffumwandlungen. So beschäftigt sich der Arbeitskreis Energiepolitik intensiv mit den Rahmenbedingungen unserer Energieversorgung, die sich hierzulande leider auch weiterhin durch mangelnde Planbarkeit und erhebliche Unsi-

cherheiten auszeichnen. Dabei wiegen insbesondere die Nachwehen des im letzten Jahr novellierten Erneuerbaren-Energien-Gesetzes schwer. Das reicht von technischen Detailthemen, wie die nunmehr geltende Eichpflicht von Stromzählern mit entsprechenden Implikationen auf die Anerkennung von Strommengen bei der Beantragung der Besonderen Ausgleichsregelung, bis hin zu „Großbaustellen“, wie die „Überprüfung des Bestandsschutzes“ (!) für die Eigenstromversorgung bis 2017. In Bayern hat uns natürlich im Besonderen der von November bis Januar geführte Energiedialog beschäftigt. Entzündet an den erheblichen regionalen Widerständen gegen notwendig gewordene Stromtrassenprojekte und im Kontext der gleichzeitigen Diskussion um das zukünftige Strommarktdesign auf Bundesebene wurde in Bayern ein Dialogformat mit Vertretern aus fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen zu den Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende durchgeführt. Um der chemischen Industrie eine starke Stimme in diesem elementaren Thema für die Branche zu geben, haben wir uns als Verband, zusammen mit Vertretern von Mitgliedsfirmen, auf allen Ebenen in diesen Prozess eingebracht.

» DER AUSBAU DER STROMNETZE ZUM ERHALT EINER GESAMTDEUTSCHEN PREISZONE IST ALTERNATIVLOS «

Der Energiedialog hat sicherlich zu mehr gegenseitigem Verständnis geführt, dessen Ergebnisse haben uns aber auch in der Haltung klar bestätigt, dass der Erhalt der gesamtdeutschen Preiszone und der dafür nötige Netzausbau unter den derzeitigen Rahmenbedingungen alternativlos sind. Diese und weitere unserer Kernfeststellungen und -forderungen wurden im Nachgang des Energiedialogs sehr deutlich – auch im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung mit der IG BCE – formuliert, publiziert und an relevanten Stellen der Staatsregierung platziert.

Der jüngste Vorschlag einer Trassenverlegung in vorwiegend nicht-bayerische Länder nach dem „St. Florians-Prinzip“ wird die Lösungsfindung sicher nicht beschleunigen. Klar ist, dass der Industriestandort Bayern unter einer solchen energiepolitischen Gratwanderung enorm leidet und schon jetzt Schaden nimmt – dies und die unabdingbare Notwendigkeit für klare Entscheidungen im Sinne des bayerischen und gesamtdeutschen Industrie- und Wirtschaftsstandorts haben wir in zahlreichen Gesprächen auf allen Ebenen der bayerischen Administration und Politik deutlich gemacht.

Umweltpolitik

Der Trend eines rasanten Anstiegs der Komplexität EU-, bundesdeutscher und länderspezifischer Regulierung – so wie man es derzeit auch im Energiebereich beobachtet – hat sich im Fall der Umweltgesetzgebung schon vor vielen Jahren abgezeichnet. Im Zuge dieses Komplexitätsanstiegs haben wir innerhalb des Verbandes auch strukturell reagiert und letztes Jahr einen neuen Expertenkreis zu Umweltthemen ins Leben gerufen. Neben dem Arbeitskreis Umweltfragen als Mastergremium, das mit dem vbw-Umweltausschuss unter gemeinsamem Vorsitz fusioniert ist, und dem Expertendialog Umwelt, der als Forum für den Austausch und zum Troubleshooting bei akuten Vollzugsproblemen mit Vertretern des Umweltministeriums dient, ermöglicht dieses Gremium einen fachlichen Austausch zwischen den Umweltspezialisten aus der bayerischen chemischen Industrie. Hier erfolgt auch die Positionierung der Verbandsarbeit in den vielen komplexen Fachthemen des Umweltbereichs.

Thematisch stand einmal mehr die Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie (IED) im Vordergrund. Durch die zyklischen Revisionen der sog. BVT-Merkblätter (BVT = „Beste verfügbare Techniken“), die den Stand der Technik in Sachen Verbrauchs- und Emissionsbandbreiten für (Chemie-)Anlagen und Prozesse verbindlich vorgeben, sind über die IED, die darauf Bezug nimmt, kontinuierliche Verschärfungen der Genehmigungsveraussetzungen implementiert.

» IM VERGANGENEN JAHR HABEN WIR DEN EXPERTENKREIS „UMWELT“ INS LEBEN GERUFEN «

Besonders kritisch stellen sich in diesem Zusammenhang sog. „Nicht-BVT“-Schlussfolgerungen dar, also die Aussage, eine bestimmte Technologie sei keine „beste verfügbare Technologie“. Mit der Interpretation, dass in diesem Fall keine Emission erfolgen darf, droht in der Umsetzung ein faktisches Technologie- und ggf. auch Stoffverwendungsverbot! Dies widerspricht dem Grundsatz der Technologieoffenheit für die Einhaltung von Emissionsbandbreiten und stellt außerdem eine höchst kritische Verknüpfung von Stoff- mit Genehmigungsrecht dar. Hier haben wir uns im Rahmen der BVT-Schlussfolgerungen für die Chloralkali-Elektrolyse vehement dafür eingesetzt, dass eine solche Umsetzungssystematik keinen Präzedenzfallcharakter erhält, was im Rahmen eines Entschließungsantrags des Bundesrats auch entsprechend aufgegriffen wurde.

Aber auch beim Vollzug der IED sind wir weiterhin bestrebt, pragmatische und praxistaugliche Lösungen zu finden, um den dramatisch gestiegenen Überwachungsaufwand für Chemieanlagen zu verringern. Insbesondere die Weiterentwicklung des gemeinsam mit dem Umweltministerium erarbeiteten Rahmenkonzeptes einer Überwachungsübereinkunft zur effizienteren Gestaltung von Vor-Ort-Inspektionen stand hier im Fokus. So haben wir ein dezidiertes Konzept vorgelegt, wie in der risikobasierten Ermittlung des Überwachungsturnus von IED-Anlagen auch zuverlässigem Betreiberverhalten – also z.B. bei mangelfreien Überwachungsergebnissen – adäquat Rechnung getragen werden kann.

Neben dem Komplexitätsanstieg und wachsendem Erfüllungsaufwand erleben wir derzeit im Umweltbereich zunehmend, dass Transparenzanforderungen massiv vorangetrieben werden. Schon heute müssen Überwachungsprotokolle von IED-Vor-Ort-Inspektionen sowie neue Genehmigungsbescheide solcher Anlagen ins Internet gestellt werden. Im Zuge der Novellierung des bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes stand nun sogar die Veröffentlichung kompletter Genehmigungsunterlagen im Internet zur Diskussion. Die Bayerischen Chemieverbände haben Politik und Verwaltung – auch durch ein klares Statement bei einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag – die Brisanz einer Internetveröffentlichung solch sensibler Dokumente und den damit einhergehenden Verlust von Know-how und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie vor Augen geführt.

»STEIGENDE TRANSPARENZANFORDERUNGEN DÜRFEN NICHT ZU LASTEN DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT GEHEN«

Bei all den genannten Themen zeigt sich, dass eine Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung, die Wiederbelebung eines echten Kooperationsprinzips zwischen Industrie und Administration bei der Umsetzung von Umweltregulierungen sowie eine Ausschöpfung vorhandener Bandbreiten mit Fokus auf leichte Umsetzbarkeit elementar wichtig für den Wirtschaftsstandort Bayern sind. Dies sind für uns auch die Voraussetzungen für einen möglichen fünften Umweltpakt ab Herbst diesen Jahres, was wir sowohl in die bereits angelaufenen Verhandlungen eingebracht, als auch auf höchster Ebene der Administration verdeutlicht haben.

Stoffpolitik

Der Aufwand für die Abarbeitung der dritten und letzten Registrierungsphase unter REACH für die Tonnagebereiche von 1–100 t und die Bearbeitung der planmäßigen Nachforderungen der europäischen Chemikalienagentur ECHA zu den Dossiers der ersten beiden Registrierungsphasen sowie die unentwegt laufenden Aktivitäten zur Zulassungspflicht und Beschränkung besonders besorgniserregender Stoffe (SVHC) stellen die Unternehmen – allen voran kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – vor einen kaum noch leistbaren Aufwand. Die Folgen von hohen Registrierungskosten und Regulierungswut im Bereich der Chemikaliensicherheit sind der Verlust oder die Verlagerung von vorhandenen Stoffströmen und dadurch ganzen Wertschöpfungsketten in das außereuropäische Ausland – sicherlich nicht zum Vorteil für Umwelt- und Verbraucherschutz.

Eine weitere Hypothek stellt die Umsetzung der CLP-Verordnung (CLP = Classification, Labelling and Packaging) dar, die der einheitlichen Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung in der EU dient. Bis Ende Mai diesen Jahres mussten nun auch Gemische nach den Vorgaben der CLP-Verordnung eingestuft und gekennzeichnet werden. Während eine Vereinheitlichung aus sicherheitstechnischen und praktischen Gründen grundsätzlich zu begrüßen ist, entpuppt sich der undifferenzierte Bezug der nachgeschalteten Regelwerke auf die Legaleinstufungen nach CLP als höchst problematisch. Dort ergeben sich dann teilweise erhebliche Verschärfungen in bezugnehmenden Rechtsgebieten wie dem Immissions- und Arbeitsschutz, die oftmals kaum noch sachgerecht sind. Dies haben wir bei der Neueinstufung von Formaldehyd als krebserzeugend gesehen und dies droht bei einer derzeit diskutierten Reklassifizierung des „Allround“-Rohstoffs Ethanol erneut.

» WIR DÜRFEN NICHT DURCH DAS EU-STOFFRECHT INS HINTERTREFFEN GERATEN «

Bei all diesen Themen und insbesondere mit Anbruch der letzten Registrierungsphase unter REACH zeigt sich, dass auch zunehmend die der Chemie nachgeschalteten Branchen mittel- und unmittelbar in Bedrängnis geraten. In unserem Expertendialog Stoffpolitik – bestehend aus Vertretern der Industrie und der bayerischen Verwaltung – werden wir uns daher zukünftig noch stärker branchenübergreifend austauschen und gemeinsam daran arbeiten, gegenüber dem EU-Ausland durch das Stoffrecht nicht völlig ins Hintertreffen

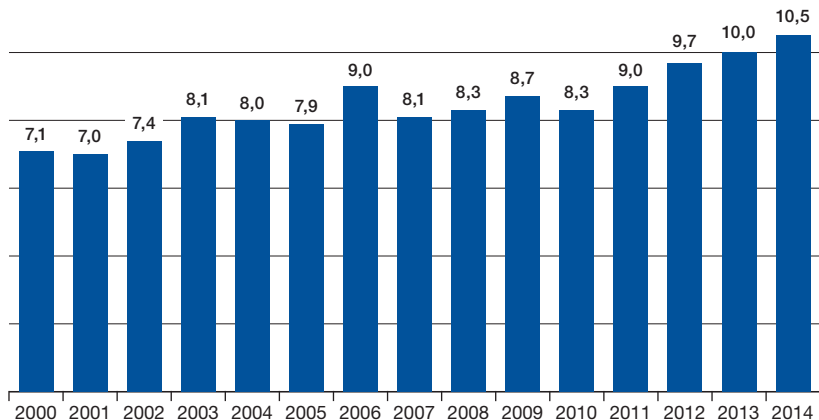
zu geraten. Dieser kontinuierliche Dialog hat sich auch in diesem Jahr wieder sehr bewährt: Neben der Diskussion von Umsetzungsfragen bezüglich EU-Vorgaben und dem entsprechenden Feedback aus der Industrie in die Administration, der Information zu strukturellen Anpassungen im Vollzugsapparat – wie der sehr zu begrüßenden Kompetenzbündelung innerhalb der Marktüberwachung in Bayern – werden auch konkrete Lösungsvorschläge und Initiativen erörtert, durch die – trotz der europäischen Dimension vieler Themen – auch aus Bayern heraus wichtige Signale gesetzt werden können.

Forschung

In 2013 hat der Forschungsetat der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland erstmals die Marke von 10 Mrd. EUR geknackt und derzeit arbeiten deutschlandweit mehr als 50.000 Menschen an den Chemieinnovationen von morgen.

FuE-Aufwendungen der chemisch-pharmazeutischen Industrie

in Mrd. EUR



Quellen: Stifterverband, VCI

Die chemisch-pharmazeutische Forschung steht nicht nur für Arbeitsplätze und spannende Zukunftsvisionen, sondern ist elementare Notwendigkeit für

das Bestehen der Branche am Standort Deutschland und Bayern – innovative Forschung ist wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Branchenentwicklung.

»INNOVATION IST VORAUSSETZUNG FÜR
TECHNOLOGIE- UND QUALITÄTSFÜHRERSCHAFT –
DAS ERFORDERT GUTE RAHMENBEDINGUNGEN«

Die forschungspolitischen Rahmenbedingungen, der Kontakt in die Hochschulforschung sowie der Austausch innerhalb von Innovationsprozessketten sind die wesentlichen Schwerpunktthemen des Arbeitskreises Forschung. Dabei erfolgt der Austausch nicht nur an Konferenztischen, sondern auch direkt vor Ort – an den Standorten der Mitgliedsfirmen selbst oder aber in wissenschaftlichen Einrichtungen. So war unlängst das Wissenschaftszentrum in Straubing Ziel für den Austausch zwischen Industrie und Wissenschaft. Hier hat man Kernkompetenzen bayerischer Hochschulen und Universitäten rund um das Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ gebündelt. Die dortigen Arbeiten – insbesondere im Rahmen des Graduiertenkollegs BayReChem 2050 – liefern einen wichtigen Beitrag zu einer gleichwohl ökonomisch wie chemisch-technischen Betrachtung des Rohstoffwandels in der chemischen Industrie hin zu regenerativ verfügbaren Rohstoffen.

Auch die Kooperationen der Bayerischen Chemieverbände mit Kompetenznetzwerken in Bayern rund um das Thema Forschung und Technologietransfer standen wieder im Fokus – so auch die Zusammenarbeit mit dem Chemie-Cluster Bayern und der Bayerischen Patentallianz. Mit letzterer wurde in intensiven Diskussionen nun ein Format für zielgruppenspezifische Workshops zu patentrechtlichen Themen initiiert – sowohl für das strategische Management als auch für Forschungsabteilungen.

Nachhaltigkeit



Mit der Brancheninitiative Chemie³ verfolgen VCI, IG BCE und BAVC das Ziel, Nachhaltigkeit als Leitbild in der chemischen Industrie zu verankern. Unter dem Motto „Nachhaltigkeit im Unternehmensalltag – Fit für die Zukunft“ haben die hessischen und bayerischen Allianzpartner

(VCI-Landesverbände, Landes-Arbeitgeberverbände und IG BCE-Landesbezirke) letzten Herbst in Frankfurt zur bundesweit ersten regionalen Informationsveranstaltung zu Chemie³ eingeladen.

» UNSERE CHEMIE³-VERANSTALTUNG NUTZTEN 90 UNTERNEHMEN FÜR INDIVIDUELLE „NACHHALTIGKEITS-CHECKS“ «

Rund 90 Teilnehmer – darunter auch viele bayerische Vertreter – haben die Möglichkeit genutzt, sich aus erster Hand darüber zu informieren, welche Möglichkeiten die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ bietet und wie Mitgliedsunternehmen davon profitieren können. Der Fokus der Veranstaltung lag dabei auf dem sogenannten „Nachhaltigkeits-Check“, der von den Chemie³-Allianzpartnern gemeinsam mit einem erfahrenen Beratungsunternehmen entwickelt wurde. Dieses konkrete Werkzeug bietet den Unternehmen die Möglichkeit, sich anhand der Chemie³-Leitlinien strukturiert, unternehmensindividuell und pragmatisch dem Thema Nachhaltigkeit zu nähern, den eigenen Standpunkt innerhalb der unterschiedlichen Handlungsfelder in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu analysieren, Zielvorstellungen zu formulieren und konkrete Verbesserungspotenziale zu identifizieren.

Der Landesverband beteiligt sich darüber hinaus durch viele weitere Aktivitäten an der aktiven Umsetzung von Chemie³. So konnten wir auch dieses Mal wieder im Rahmen des SPICE³-Projektes einen Workshop zum Thema Energieeffizienz anbieten – diesmal mit Informationen zu ganz konkreten Hilfestellungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in mittelständischen Unternehmen.

Gesundheitspolitik

Dem Erhalt der Gesundheit kommt gerade im Zuge des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Alterung der Bevölkerung eine zentrale Rolle zu. Hierzu ist die Versorgung mit innovativen Arzneimitteln ein wesentlicher Bestandteil. Durch Überregulierung und planwirtschaftliche Eingriffe in das Gesundheitssystem und den Pharmamarkt – wie ein mehrjähriges Preismoratorium für Arzneimittel ohne Inflationsausgleich oder die innovationsfeindliche frühe Nutzenbewertung des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) – wird es für Unternehmen allerdings immer schwieriger, Innovationen zu finanzieren und in den Markt zu bringen.

» EIN STARKER PHARMASTANDORT BAYERN IST WICHTIG – AUCH FÜR DIE GESUNDHEITSVERSORGUNG «

Dies führt auch zu Verschlechterungen in der Versorgung. Volkswirtschaftlich kommt der pharmazeutischen Industrie als Garant für Wohlstand und überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze eine große Bedeutung zu, die im Rahmen der gesundheitspolitischen Diskussion viel zu lange ignoriert wurde.

Die Stärkung des Pharmastandorts Bayern ist daher ein wichtiges Ziel unserer Verbandsarbeit, das auch im Rahmen des derzeit laufenden Bayerischen Pharmagipfels verfolgt wird. Bei diesem Dialogformat erarbeiten das Bayerische Wirtschaftsministerium, das Bayerische Gesundheitsministerium und Vertreter der Industrie gemeinsam in Arbeitsgruppen Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Industrie in Bayern. Der Landesverband hatte sich aktiv für die Initiierung eines solchen Dialogs engagiert und ist auch innerhalb des Prozesses intensiv involviert – sowohl auf übergeordneter, koordinierender Ebene als auch in den Arbeitsgruppen. Erste Zwischenergebnisse sind Mitte des Jahres in den Pharmadialog auf Bundesebene eingeflossen. Den vorläufigen Abschluss wird eine Veranstaltung im Herbst bilden. Das Thema wird uns dennoch weiter beschäftigen.

Ausblick



Es ist eine der Hauptaufgaben der Verbände, für unsere Mitgliedsfirmen in Bayern die bestmöglichen Standortrahmenbedingungen zu ermöglichen, ob bei der Umwelt- und Stoffpolitik, ob beim Thema Fachkräfte oder beim mittlerweile völlig verfahrenen Thema Energieversorgung. Diese Themen werden uns auch weiterhin intensiv beschäftigen.

Innovation

„Wir müssen immer um so viel besser sein, wie wir teurer sind“ – wer kennt diesen Spruch nicht? Wir verwenden ihn derzeit häufig in unseren Gesprächen mit Politikern, denn er bringt auf den Punkt, was unsere Stärke in Bayern ausmacht. Bei relativ hohen Lohn- und Energiekosten, bei sehr hohem administrativem Aufwand (sog. Erfüllungsaufwand) und bei unserer rohstofffernen geographischen Lage kann häufig nur der Erfolgsfaktor Technologie bzw. Qualität den Wettbewerbsvorteil bringen. Da aber die Konkurrenz nicht schläft und ganze Volkswirtschaften versuchen, das bayerische Erfolgsmodell zu kopieren, können wir nur nachhaltig wirtschaften, wenn wir – gemeint sind natürlich die Unternehmen – gewährleisten können, dass wir nachhaltig in puncto Technologie und Qualität führend sind. Einziger Weg dorthin ist Innovation.

» WIR WOLLEN DAS THEMA INNOVATION WEIT FASSEN:
VON FORSCHUNGSFÖRDERUNG ÜBER BILDUNG BIS ZU
AKZEPTANZFRAGEN «

In unserer Arbeit wollen wir dieses Thema aber weiter fassen und werden daher einen Fokus auf Innovation und alle daran geknüpften „Randbedingungen“ legen. Angefangen beim Thema steuerlicher Forschungsförderung, das den ersten Schritt, die Invention, unterstützen soll, über Fragen der Innovationsakzeptanz bzw. Technologieoffenheit in unserer Gesellschaft, über eine ganze Reihe von Bildungs- und Ausbildungsfragen, über Fragen des Know-how- und IP-Schutzes (Stichwort: „Internetveröffentlichungen“ von Verwaltungsakten) bis hin zu verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Infrastrukturthemen – wo sich der Kreis der Themen zum Teil schließt – wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen einen Kulturwandel unterstützen, der unser Land hoffentlich wieder mehr zu einem Land der Erfinder, Ingenieure und – natürlich – Chemiker werden lässt.

Schwerpunkte der Arbeit sind damit die Themen Bildungspolitik sowie praktische Ansätze zur Unterstützung von Chemielehrern, die wir ohnehin seit vielen Jahren verfolgen.

Umweltpakt Bayern

Dieses Jahr soll wieder ein auf fünf Jahre angelegter Umweltpakt geschlossen werden – der nunmehr fünfte. Der Umweltpakt Bayern feiert sozusagen sein 20-jähriges Jubiläum. Die Vorbereitungen laufen schon seit einigen Monaten. Nachdem in den letzten Jahren aber der ursprüngliche Geist der ersten Umweltpakte verloren ging, der von einem gegenseitigen Vertrauen zwischen Behörden und Unternehmen geprägt war sowie dem Wunsch, vorhandene/neue Missstände gemeinsam, sachgerecht und unbürokratisch zu beseitigen, hat sich seitens der bayerischen Wirtschaft eine gewisse Skepsis breit gemacht.

» KOOPERATIONSPRINZIP STATT „LAW AND ORDER“ «

Deshalb wird es im laufenden Prozess wichtig sein, den alten Geist wiederzubeleben. Nur wenn das gelingt, wird ein neuer Umweltpakt Bayern Mehrwert schaffen und wäre es wert, ein „Pakt“ genannt zu werden – also zum Vorteil beider Paktpartner und zum Vorteil des Standorts Bayern. Wir werden uns in diesem Sinn einbringen.

Dieses und nächstes Jahr werden uns auch eine Vielzahl an anstehenden Änderungen und Neuerungen in zahlreichen Regelwerken beschäftigen – so die Überarbeitung der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, die Novelle der Oberflächengewässerverordnung, die Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie, etc. Falsche Weichenstellungen in diesen für die Branche sehr wichtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen können zu massiven und irreparablen Schäden am hiesigen Industriestandort führen. Auch hierbei kann und muss sich der kooperative Ansatz des Umweltpaktes beweisen. Dies gilt im Übrigen gleichermaßen für den Umwelt- wie den Energie- und Klimabereich, blickt man auf die anstehenden Entscheidungen zur Neuausrichtung des deutschen Strommarktdesigns („Weißbuch“) oder das Vorantreiben überambitionierter Klimaanstrengungen im Vorfeld zur UN-Klimakonferenz in Paris.

Neuer Internetauftritt der Verbände

Letztes Jahr haben wir an dieser Stelle auch über die zunehmende Macht der veröffentlichten Meinung geschrieben und über die zunehmende Tendenz der Politik, sich bei Entscheidungen eher daran zu orientieren, was in der öffentlichen Meinung oder in der eigenen Partei gut ankommt, als daran, was gut wäre fürs Land. Das vergangene Jahr hat wieder einige Beispiele dafür gebracht: Rente mit 63, nationale Klimaziele oder die halbherzige EEG-Novelle.

Wir hatten für die Verbandsarbeit gefolgert, dass wir verstärkt zur öffentlichen und veröffentlichten Meinung beitragen müssen, dass wir unsere Positionen klarer darstellen müssen und, dass wir neben der rein sachlichen Argumentation auch mehr Leidenschaft und Emotionen in diese Botschaften bringen müssen.

Seit Anfang des Jahres haben wir nun einen neuen Internetauftritt, der einen guten Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leistet. Zu allen wichtigen Themen gibt es hier eine kurze und klare Position.

Auch zu aktuellen und kurzlebigeren Themen werden wir monatlich einen „politischen Artikel“ veröffentlichen, der unter „Aktuelles“ zu finden sein wird.

» BESUCHEN SIE UNS:
WWW.BAYERISCHE-CHEMIEVERBAENDE.DE «

Bei allen Themen ist die Arbeit in den Gremien, Arbeitskreisen, die Arbeit an den „Runden Tischen“ und die gemeinsame Arbeit in Expertendialogen ein äußerst wichtiger Baustein.

Wir bedanken uns deshalb ganz herzlich für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit den Vertretern unserer Mitgliedsfirmen. Dank gilt auch den Kollegen in Schwesterverbänden, Dach- und Bundesverbänden, sowie den zahlreichen bayerischen Beamten und Politikern, die mit uns für ein starkes Industrieland und damit erfolgreiches Chemie- und Pharmaland Bayern kämpfen.

Das Team der Bayerischen Chemieverbände freut sich auf die weitere gemeinsame Arbeit.

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München (Vorsitzender)

Prof. Dr. Aldo Belloni, München (bis Dez. 2014)	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München
Albert Franz, Obernburg	Dr. Alois Virag, Burghausen
Claus Haberda, Penzberg	Walter Vogg, München
Peter Kurz, Fürth	

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen
Stefan Greger, Trostberg	Karl Strummer, Vohburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Klaus Angermaier, Burghausen	Peter Knoll, Fürth
Christian Beuth, Trostberg	Matthias Matz, Vohburg
Robert Brüstl, Gersthofen	Ute Melcher, Pullach
Dr. Heinrich Dageförde, Bobingen (bis Juli 2014)	Bernhard Pawlitza, Burghausen
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Rolf Flügel, München	Christina Pliml, Burghausen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Michael Grimbs, Pullach	Stephan Roth, München
Walter Haunberger, Burghausen	Andreas Schmitz, Penzberg
Lothar Heißenberg, Haar	Ulrich Semler, Neu-Ulm
Klaus Hofmann, München	Rudolf Söllner, Seefeld
Heinz Jahreiß, Bad Berneck	Günther Steinmetz, Hallstadt (bis Sept. 2014)
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Jochen Volbracht, Burghausen
Hannes Kauper, Nürnberg	

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen	Arne Schulle, Unterschleißheim
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Jörg Hettmann, München	Dr. Wolfgang Stehle, Nürnberg
Erich Lackner, Trostberg	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Thomas Schnell, München	Gerhard Witzany, Schwandorf

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Thomas Kühn, Illertissen
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Markus Fritzsche, Essenbach	Hanspeter Quodt, Haar
Stefan Greger, Trostberg	Dr. Thomas Schnell, München
Manfred Hoffmann, Neuburg	

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München (†)	Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg (†)
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Rudolf Ribka, Walberberg
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Fritz Hartl, Gräfelfing	Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Werner Kalb, München (†)	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Peter Umfug, München
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß	Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Dr. Michael Wieser, Burghausen
Energiepolitik	Dr. Ralph Ottlinger, Ismaning (bis April 2015)
	Albert Franz, Obernburg (ab Mai 2015)
Forschung	Claus Haberda, Penzberg
Kommunikation	Claus Haberda, Penzberg
Umweltfragen	Dr. Dieter Gilles, Burghausen

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: RA Walter Vogt

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Dr. Roland Appel
RA Stefan Mößner	RA Florian Ender
	RA Peter Fürnthaler
Geschäftsführer (VCI-LV):	Dr. Mirja Hartmann (Chemie-Cluster)
Dr. Markus Born	RAin Christiane Hönig-Achhammer
Dr. Josef L. Geller (bis Aug. 2014)	RAin Jana Kraus
	Robert Schuder
	RAin Ursula Spieler
	Kwam Walton

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1000 Euro und %-Anteil	
Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse
2012	Farbstoffe und Pigmente
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien
2013 25 270	Natriumhydroxid i.wässr.Lsg.(Natronlauge)
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien
2014 32 800	and. gesätt. acycl. einbas. Carbonsäur. Salz und Ester
2014 41 290	and. acyclische Polyamine, Derivate, Salze
2014 51 500	and. organisch-anorganische Verbindungen
2014 71 200	Aktivierete natürliche mineralische Stoffe; Tierisches Schwarz, auch ausgebraucht
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen
2016	Kunststoffe in Primärformen
2016 40 308	Epoxidharze i. and. Primärform
2016 53 908	And. Acrylpolymeren i Primärformen a.n.g.
2016 56 709	Polyurethane in Primärformen
2020	Schädlingsbekämpfung-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte
2030 11 505	And. Acrylpolymeranstr.farben wie Grundierungen
2030 11 507	Acrylpolymerlacke Dispersionslackfarben
2030 11 701	Alkydharzanstrichfarben etc. i. wässr. Medien dispergiert
2030 11 705	Synthet. Polymer Anstr.farben u. -lacke
2030 12 505	Acrylpolymeranstr.farben
2030 12 507	Venylpolymeranstr.farben i. nwässr. Med. dispergiert
2030 12 901	Festkörperreiche Lacke High Solids
2030 12 902	Alkydharzlacke lufttrocknend
2030 12 907	Epoxidharzlacke
2030 12 908	Polyurethanharzlacke
2030 12 909	Anstrichfarben u. -lacke and. synth. etc. Grundlage
2030 22 799	Andere zusammengesetzte organ. Löse-,Verdünn.mitt.
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel
2041 32 600	Grenzfl.aktive Zuber. Herstellg. v. Waschmittel ind. n.A.E.
2041 32 740	Zubereit. Wasch Reinigungsmitt. n.A.E. Autowaschmittel
2041 42 800	And. künstl. u. zubereitete Wachse m. Sieglack etc.
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel
2042 12 500	Schminkmittel Make-up für die Lippen
2042 15 003	Wässer, Cremes Spez.behandl.mittel zur Gesichtspflege
2042 15 005	Wässer, Cremes zur Körperpflege auch für Kleinkinder
2042 19 755	Duschbäder
2052	Klebstoffe
2053	Etherische Öle
2059 41 570	Zub. Schmiermitt. f. Masch.
2059 41 790	Zub. Schmiermittel für Masch., App. etc. ohne Ölanteil
2059 43 500	Zubereitete Gefrierschutzmittel
2059 52 300	Modelliermassen, zuber. Dentalwachs,Zahnabdruckma.
2059 59 909	Andere chem. Erzeugnisse Rückst. Zub. d. chem. oder and. Ind. etc.
2060	Chemiefasern
2099	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie
20	Chemische Erzeugnisse
2110	Pharmazeutische Grundstoffe uä Erzeugnisse
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmaz. Erzeugn.
2120 11 800	Arzneiw. and. Antibiotika enth. ohne Penicilline i.A.E.
2120 13 600	And. Arzneiwaren, Vitamine enth. i.A.E.
2120 13 800	And. Arzneiwaren, Jod, Jodverb., etc. enthalt. i.A.E.
21	Pharmazeutische u.ä. Erzeugnisse
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie

am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland						
2011	2012	2013	2014	%	Melde-Nr.	
76.081	77.041	77.823	87.825	2,4	2012	
1.838.376	1.527.051	1.360.845	1.644.122	21,4	2013	
-	72.188	79.803	70.232	14,1	2013 25 270	
2.247.072	2.405.476	2.340.625	2.180.169	8,3	2014	
48.223	49.787	44.903	41.914	10,2	2014 32 800	
-	-	17.285	62.085	34,5	2014 41 290	
34.608	39.604	37.843	45.372	7,0	2014 51 500	
155.475	132.464	106.302	114.424	89,2	2014 71 200	
-	83.381	63.580	65.074	1,9	2015	
3.981.789	4.096.096	4.138.977	4.040.280	16,6	2016	
31.479	30.795	30.341	35.192	8,7	2016 40 308	
121.812	130.880	133.050	146.402	8,6	2016 53 908	
51.751	58.216	28.196	27.860	1,5	2016 56 709	
66.333	82.354	71.706	59.136	1,9	2020	
1.513.442	1.463.833	1.451.351	1.488.447	16,4	2030	
23.138	22.619	21.261	22.270	14,2	2030 11 505	
48.144	45.439	47.931	46.563	13,4	2030 11 507	
-	-	-	104.607	56,1	2030 11 701	
26.262	15.390	17.267	33.716	7,6	2030 11 705	
-	-	16.576	24.225	9,3	2030 12 505	
14.326	13.410	14.892	13.305	12,9	2030 12 507	
26.812	31.968	33.243	35.024	19,3	2030 12 901	
20.373	21.145	21.710	22.601	9,6	2030 12 902	
19.584	20.974	23.282	22.679	8,8	2030 12 907	
49.256	44.092	45.897	43.937	12,4	2030 12 908	
27.777	24.416	21.329	23.150	11,5	2030 12 909	
-	27.455	29.687	28.644	10,5	2030 22 799	
660.580	621.179	640.900	659.343	12,0	2041	
36.299	43.540	39.022	33.825	12,7	2041 32 600	
14.192	15.150	18.382	19.834	55,1	2041 32 740	
-	-	-	111.170	27,5	2041 42 800	
1.015.116	966.541	1.007.331	1.067.827	20,9	2042	
174.407	150.464	160.653	163.793	72,8	2042 12 500	
37.812	29.854	29.806	32.265	4,7	2042 15 003	
33.456	35.697	34.802	36.271	8,5	2042 15 005	
74.178	100.827	100.864	117.309	28,1	2042 19 755	
87.128	97.468	113.095	133.305	8,3	2052	
124.229	127.405	128.434	139.716	9,1	2053	
24.623	21.540	24.511	23.639	6,7	2059 41 570	
83.308	74.435	92.145	94.752	31,3	2059 41 790	
87.149	63.393	93.712	51.279	22,0	2059 43 500	
115.240	110.008	109.205	104.543	37,0	2059 52 300	
73.308	63.384	88.696	95.578	2,9	2059 59 909	
847.111	771.298	786.801	753.041	34,8	2060	
136.714	135.819	140.221	139.825	6,9	2099	
14.448.061	14.214.877	14.138.535	14.278.233	12,5	20	
94.626	101.136	101.054	112.153	3,4	2110	
-	1.449.402	1.503.752	1.468.379	5,5	2120	
35.023	35.103	37.391	44.769	2,7	2120 11 800	
265.179	258.888	276.620	261.175	11,2	2120 13 600	
659.484	710.066	708.779	678.070	7,5	2120 13 800	
1.474.923	1.550.539	1.604.806	1.580.532	5,2	21	
15.922.984	15.765.416	15.743.341	15.858.765	11,0	20+21	

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2013	2014	%	2013	2014	%
Bayern						
Gesamtumsatz	16.548.956	17.072.518	3,2	338.233.065	327.560.304	-3,2
darunter Ausland	9.893.540	10.423.374	5,4	176.973.313	168.027.049	-5,1
Beschäftigte	58.275	59.653	2,4	1.193.158	1.215.634	1,9
Bund						
Gesamtumsatz	190.564.763	190.831.658	0,1	1.737.565.945	1.749.025.059	0,7
darunter Ausland	114.309.228	115.066.534	0,7	798.820.083	814.034.712	1,9
Beschäftigte	437.952	444.808	1,6	5.948.764	6.018.480	1,2

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	2.822.246	415.852 -85,3 %	2.081.019	229.196 -89,0 %	9.353	1.803 -80,7 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.792.999	1.731.716 -3,4 %	889.794	865.336 -2,7 %	3.948	3.896 -1,3 %
Kunststoffe in Primärformen	2.569.104	5.130.508 99,7 %	1.656.338	3.732.686 125,4 %	4.434	12.102 172,9 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.462.752	1.526.717 4,4 %	779.546	803.452 3,1 %	6.589	6.711 1,9 %
pharmazeutische Erzeugnisse	1.853.929	1.922.017 3,7 %	894.801	950.571 6,2 %	7.504	7.811 4,1 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.149.318	1.133.059 -1,4 %	573.122	566.821 -1,1 %	2.651	2.552 -3,7 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.167.272	1.203.904 3,1 %	630.926	665.327 5,5 %	4.560	4.552 -0,2 %
Chemiefasern	795.868	922.364 15,9 %	493.516	594.236 20,4 %	3.241	3.835 18,3 %
Sonstige	2.935.468	3.086.381 5,1 %	1.894.478	2.015.749 6,4 %	15.995	16.391 2,5 %

nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.9.

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,
eigene Berechnungen

Bayerische Chemieverbände:

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)

Verband der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)

Innstraße 15, 81679 München

Telefon: 089-92691-0

E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de

www.bayerische-chemieverbaende.de

